



MANUAL OF CHANGE

Übersicht an Praktiken & Prozessen für
Frauenshutzseinrichtungen

TRUST



Co-funded by
the European Union



lrs

SURT



INHALTS- VERZEICHNIS

1. Einleitung
2. Self-care & ganzheitliches Wohlergehen
3. Supervision
4. Fundraising
5. Fallmanagement in Krisensituationen
6. Digitale Dimensionen von Gewalt
7. Online Angebote und Leistungen
8. Bewerbung von Online Angeboten
9. Community Outreach
10. Fazit

EINLEITUNG

TRUST - Towards Replicable forms of Support and Tools for Women's Specialist Services in crisis situations (Wege zu replizierbaren Formen von Unterstützung und Tools für Frauenschutzeinrichtungen in Krisensituationen) - ist ein 24-monatiges transnationales Projekt, das über das CERV-2021-DAPHNE Programm der EU-Kommission gefördert wurde. Ziel ist die Entwicklung einer Methodologie für einen Strukturwandel von Frauenschutzeinrichtungen, um deren Resilienz und Effizienz insbesondere in Krisenzeiten wie der COVID-19 Pandemie zu stärken.

Während der COVID-19 Pandemie standen Frauenschutzeinrichtungen vor noch nie dagewesenen Herausforderungen. Die Krise hat bereits existierende Geschlechterungleichheiten verschärft, neue Hürden für Frauen sind entstanden. Eine der größten Herausforderungen war der stark gestiegene Bedarf an Unterstützungsleistungen. Durch die Pandemie nahm häusliche und geschlechterbasierte Gewalt weltweit in alarmierendem Ausmaß zu, sodass Unterstützungseinrichtungen verstärkt belastet waren. Sie waren von der Anzahl an Frauen, die wegen Gewalt, Missbrauch und Traumata Unterstützung suchten, massiv gefordert, und kamen mit ihren Ressourcen an ihre Grenzen.

Finanzielle Einschränkungen waren für Frauenschutzeinrichtungen eine große Herausforderung. Da während der Lockdowns und in Zeiten wirtschaftlicher Flaute Gelder und Förderungen an unmittelbare gesundheitliche und wirtschaftliche Belange umgeleitet wurden, kämpften Frauenschutzeinrichtungen mit Ressourcenknappheit. Die finanziellen Belastungen erschwerten bzw. verhinderten die Aufrechterhaltung bestehender Dienstleistungen sowie den Ausbau von Dienstleistungen im Ausmaß der steigenden Nachfrage.

Lockdowns und Quarantänevorschriften stellten logistische Probleme in der Bereitstellung sicherer Räume für gewaltbetroffene Frauen dar. Ausgangsbeschränkungen und die Notwendigkeit von Social-Distancing erschwerten den Zugang zu Frauenhäusern, sodass die Auswirkungen von

häuslicher Gewalt weiter verschärft wurden. Für Einrichtungen war es eine zusätzliche Herausforderung, unter diesen Bedingungen den Betrieb in Frauenhäusern aufrecht zu erhalten.

Der Wechsel auf virtuelle Kommunikationsformen während der Lockdowns bedeutete neue technologische Hürden. Für Frauen mit eingeschränktem Zugang zu oder Kenntnissen über Online-Dienste war es schwierig, Unterstützungseinrichtungen zu kontaktieren. Das führte zu einer verstärkten Marginalisierung von vulnerablen Gruppen; Einrichtungen konnten Bedürftige nur erschwert kontaktieren und unterstützen, v.a. als viele Dienstleistungen auf Online-Plattformen verlegt wurden.

Die negativen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie trafen überproportional viele Frauen, vor allem Geringverdienerinnen und Arbeiterinnen in informellen Sektoren. Dies wirkte sich kaskadenartig auf die Arbeit von Frauenschutzeinrichtungen aus, die mit finanzieller Unabhängigkeit und Arbeitsplatzsicherheit verbundene Themen vermehrt intersektional denken mussten.

Burnout von Mitarbeiter*innen wurde zu einer maßgeblichen Herausforderung während der Pandemie. Der ansteigende Bedarf an Dienstleistungen und die emotional belastenden Themen (Traumata, Gewalt) beanspruchten die Mitarbeiter*innen. Die Verlagerung auf Online-Plattformen, private Verpflichtungen und die Intensität der Arbeit verstärkten die Erschöpfung.

Die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit führten zu weiteren Herausforderungen. Unterstützungseinrichtungen mussten ihre Dienstleistungen verstärkt auf die gesteigerten Bedürfnisse der Frauen in Bezug auf psychische Gesundheit anpassen. Stress, Angstzustände und Traumata wurden von der Pandemie verschärft, wodurch Frauen zusätzliche Beratung und Ressourcen brauchten, um mit der Situation umzugehen.

Bemühungen, um auf institutioneller und politischer Ebene geschlechterbasierte Gewalt und Frauenrechte zu adressieren, erfuhren Rückschläge. Durch die Pandemie verschob sich die öffentliche und politische Aufmerksamkeit auf unmittelbare Belange der Medizin und Gesundheit, sodass politische Maßnahmen und legislative Bemühungen in Bezug auf Frauenrechte weniger Priorität hatten. Das hemmte den Fortschritt, den Frauenorganisationen im Einsatz für systemische Veränderungen und rechtlichen Schutz erreicht hatten.

Fragen der Intersektionalität wurden wichtiger, da marginalisierte Frauen mit kumulierenden Herausforderungen zu kämpfen hatten. Frauenschutzeinrichtungen mussten sich mit den Intersektionen von Geschlecht, Ethnie, Herkunft, sozio-ökonomischem Status und anderen Aspekten befassen, um ihre Angebote inklusiv und für unterschiedliche Bedürfnisse angemessen zu gestalten. Die Pandemie strich existierende Ungleichheiten und Vulnerabilitäten von Frauen in unterschiedlichen sozialen Kontexten nochmals hervor.

Die direkte Arbeit mit unterschiedlichen Communities sowie Gemeinwesenarbeit (Community Outreach) wurde von Lockdowns und Social-Distancing Maßnahmen unterbrochen bzw. erschwert. Dementsprechend schwierig war es, Kampagnen- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Durch die fehlende aktive Kontaktaufnahme waren Frauen in verschiedenen Communities anfälliger für Gewalt und Ausbeutung, da sie möglicherweise keine Informationen über verfügbare Ressourcen und Unterstützungsleistungen hatten.

Den Schwierigkeiten zum Trotz zeigen Frauenschutzeinrichtungen eine bemerkenswerte Resilienz und Anpassungsfähigkeit. Viele stellten ihren Betrieb Großteils auf Online-Plattformen um und boten online Beratungen und Unterstützungsleistungen an. Die Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Akteuren im Gewaltschutz, inklusive Regierungsinstitutionen und NGOs, wurde entscheidend, um mit den komplexen Herausforderungen der Pandemie umzugehen. Einrichtungen fanden innovative Möglichkeiten, um essentielle Angebote weiterhin anbieten zu können. Sie zeigten damit ihren großen Einsatz bei der Unterstützung von Frauen in schwierigen und herausfordernden Situationen.

Das Manual of Change umfasst neue Praktiken und Prozesse, die von den Projektpartner*innen vorgestellt und als Antwort auf die Herausforderungen der Pandemie entwickelt wurden. Es fokussiert sich auf acht Hauptbereiche.

- Self-care & ganzheitliches Wohlbefinden
- Supervision
- Fundraising
- Fallmanagement in Krisensituationen

-
- Digitale Dimensionen von
- Gewalt
- Online Chat-Beratung
- Bewerbung der Angebote
- Community Outreach

SELF-CARE UND GANZHEITLICHES WOHLBEFINDEN

Es ist sehr wichtig, dass Self-Care und das Wohlbefinden des Fachpersonals in Frauenschutzeinrichtungen eine Priorität darstellen, da die Mitarbeiter*innen aufgrund der Konfrontation mit schwierigen Themen emotionalen Belastungen ausgesetzt sind und auch ins Burnout geraten können. Um professionelle Effektivität und eine positive Organisationskultur zu ermöglichen und Fluktuation im Personal zu reduzieren ist es also zentral, das körperliche und psychische Wohlergehen der Mitarbeiter*innen sicherzustellen. Ein solcher Fokus beugt nicht nur Burnout vor, sondern ermöglicht den Einrichtungen auch eine bessere Unterstützung von bedürftigen Frauen. Wenn sie Ressourcen bereitstellen und Trainings und ein unterstützendes Arbeitsumfeld ermöglichen, dann können sie das Leben von Frauen nachhaltig verändern und eine Kultur der Empathie und Widerstandskraft fördern.

Die TRUST Partnerorganisation SURT stellt in diesem Abschnitt den Entwicklungsprozess ihres Equity Plans als eine bewährte Praktik während der COVID-19 Pandemie vor.

Zu bedenken ist, dass sich die Pandemie auf verschiedene Arten auf feministische Organisationen und Frauenschutzeinrichtungen ausgewirkt hat. Wie auch viele andere Organisationen und Anlaufstellen war SURT mit großen Schwierigkeiten konfrontiert: Instabilität, finanzielle Ungewissheiten, verstärkt prekäre Arbeitsbedingungen und abrupte Veränderungen in den angebotenen Unterstützungsleistungen. Dadurch kam es zu einer höheren psychischen

Arbeitsbelastung des Fachpersonals, was zu Stress und allgemeiner Erschöpfung führte. Besonders traf das auf Mitarbeiter*innen zu, die sich auf direkte Interventionen mit Betroffenen spezialisieren. Es wurde offensichtlich, dass neue interne Mechanismen und Abläufe zum Schutz des Personals notwendig waren.

Es ist schwierig, die Begriffe ‚Pflege‘ bzw. ‚Sorge‘ (engl. care) zu definieren, da es eine Vielzahl an Theorien und Zugängen zu dem Konzept gibt. Der Ausgangspunkt für den Equity Plan war jedoch die Auffassung, dass Selbstfürsorge und das Wohlbefinden aller Mitarbeiter*innen eine wichtige Perspektive für feministische Arbeitsstrukturen sind. Der Gender Equity Plan versucht, eine solche Grundlage zu schaffen.

Wir möchten diese Erfahrungen als Good Practice in Bezug auf Self-Care und persönliches Wohlergehen hervorheben. Das Dokument zielt darauf ab, Krisen in Pflege und Fürsorge, wie sie während der Pandemie erlebt wurden, zu vermeiden und Arbeitsstrukturen zu schaffen, die einer feministischen Care-Ethik entsprechen. Wir haben den Prozess in zwei Abschnitte unterteilt: 1) die Phase der Analyse und Identifizierung von Bedürfnissen, 2) die Erarbeitung und Implementierung des Gender Equity Plans.

Auch wenn verschiedene feministische Organisationen und Frauenschutzeinrichtungen unterschiedliche Bedürfnisse haben, sind wir der Meinung, dass die von uns bei der Analyse angewandten Tools und Werkzeuge für andere Organisationen replizierbar - oder zumindest inspirierend - sind.

GENDER EQUALITY PLAN

Die Analysephase des Gender Equity Plans startete im Mai 2020 und endete im Juli 2021. Sie war der Startpunkt eines partizipatorischen Prozesses, der Raum für gemeinsame Reflexionen bot. Ziel war es, eine umfassende Analyse zu ermöglichen, um dann Praktiken zu entwickeln, die eine Care-Ethik zur Grundlage haben. Dafür wurden vier Phasen festgelegt:

1. Partizipative Analyse: Hauptziel war das Sammeln von Erwartungen und Vorstellungen sowie konkretes Reflektieren über Möglichkeiten, intern Fairness zu schaffen. Hierfür wurden von der Analysekommission [1] quantitative und qualitative Werkzeuge entwickelt, die vom SURT Vorstand bestätigt wurden. Als quantitatives Werkzeug wurde eine anonyme online Umfrage genutzt um alle SURT Mitarbeiter*innen zu erreichen. Als qualitatives Werkzeug kamen partizipatorische Gruppenreflexionen und Analysesession für den Ideenaustausch zum Einsatz.
2. Dokumentarische Analyse: Bereits existierende interne Dokumente wurden in Hinblick auf ihre Relevanz für verschiedene Bereiche der Veränderung analysiert und klassifiziert. Zu diesen Dokumenten gehörten Management-Richtlinien, öffentliche Statements, Kommunikationsleitfäden, methodologische Richtlinien, Managementprozesse und generelle Berichte.
3. Personalbericht: Dieses Dokument beinhaltet detaillierte quantitative Informationen über das Personal und seine Verteilung auf verschiedene Bereiche und Arbeitsfelder. Es umfasst auch eine Analyse des Einstufungssystems und eine Auswertung der Arbeitszeiten, Flexibilität, geteilte Verantwortung und nicht-sexistische Kommunikation.
4. Analyseergebnisse: Die Ergebnisse und Konklusionen wurden in einem finalen Bericht dargestellt und zusammengefasst, auch in Hinblick auf die verschiedenen Bereiche der Veränderung. Der Gender Equity Plan wird entwickelt, indem anhand einer partizipatorischen Analyse die Stärken, Konflikte und Herausforderungen der Organisation identifiziert und synthetisiert werden.

Durch die Analyse und die Systematisierung der Informationen konnten spezifische Bedürfnisse identifiziert werden.

NOTWENDIGE RESSOURCEN

Die Analysekommission bestand aus einem Team, das für die Entwicklung der methodologischen Werkzeuge verantwortlich war. Der Vorstand genehmigte diese Werkzeuge vor ihrer Implementierung. Wir möchten die Tools zur Informationsbeschaffung als eine zentrale und effektive Ressource hervorheben.

Aus diesem Grund führen wir hier die Spezifika der quantitativen und qualitativen Methoden aus.

Wie oben beschrieben wurden Umfragen zur Erhebung quantitativer Daten verwendet. Zwei Umfragen wurden bisher durchgeführt: eine erste während der Analysephase, und eine zweite, zum Zeitpunkt dieser Publikation noch in Bearbeitung befindlichen Umfrage, um den Fortschritt und die Umsetzung des Gender Equity Plans zu evaluieren. Auch wenn die zweite Umfrage nicht Teil der Analysephase ist, wird sie hier erwähnt um den Follow-Up-Prozess des Gender Equity Plans zu beschreiben. Der vierte Abschnitt der Umfrage, der sich mit einer fairen und effizienten Zeitorganisation beschäftigt, besteht aus drei Teilen: Evaluierung des Zeiterfassungsmodells; geteilte Verantwortung und Maßnahmen für mehr Flexibilität; und der Umgang mit Home-Office. Ein angemessenes Zeitmanagement ist für das Wohlbefinden der Mitarbeiter*innen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Arbeitsplatzes unerlässlich.

Zusätzlich wurden in einem Annex Fragen zur sexuellen und anderen Belästigung am Arbeitsplatz integriert. Dabei sollte einerseits erhoben werden, wie stark sich die Mitarbeiter*innen Belästigung ausgesetzt fühlten, und andererseits, wie viel sie von bereits existierenden Möglichkeiten für den Umgang mit Fällen von Belästigung wussten.

Zudem wurden die Ergebnisse der Umfrage in der partizipatorischen Analyse durch Gruppenreflexionen erweitert.

In diesen Gruppensessions wurden die Ergebnisse der Umfrage geteilt und gemeinsam über die hervorgehobenen Stärken und Schwächen reflektiert. Sie waren zudem anhand der Bereiche der Veränderung strukturiert. Mit einer partizipatorischen Methodologie, in der die Teilnehmenden aktiv an der Wissenskonstruktion beteiligt waren, wurden die Sessions wie folgt strukturiert: dynamische Identifizierung von Erwartungen, Präsentation der Analyseergebnisse, gemeinsame Evaluierung der Ergebnisse, Besprechung der Schwierigkeiten und Formulierung von Vorschlägen, und zuletzt das Teilen der Arbeit der Gruppe.

Die Reflexionsgruppen waren eine Möglichkeit, um unterschiedliche Konzepte von Fürsorge (eng. care) und Wohlbefinden zu teilen und brachten zudem

Vorschläge hervor, wie eine Care-Ethik in die Organisation integriert werden könnte. Während der Sessions kamen verschiedene Bedenken und Anliegen zu Tage, die in Erwartungen bezüglich des Gender Equity Plans umgewandelt werden konnten. Eines der wichtigsten Anliegen war die Umsetzung von Fürsorge im Rahmen des Plans und in der Organisation. Das Thema Fürsorge wurde explizit genannt und andere damit verbundene Punkte wurden aufgebracht: Kolleg*innen besser kennenlernen, die Teilhabe aller in den Arbeitsabläufen verbessern, und Arbeitsbedingungen verbessern - alles Dinge, die für das Wohlbefinden zentral sind.

Wie die Umfrage waren auch die Reflexionsgruppen von den vorgeschlagenen Bereichen der Veränderung angeleitet. Die Diskussionen brachten konkrete Vorschläge hervor, unter anderem die Entwicklung eines geregelten Ablaufs oder eines Leitfadens zum Thema Fürsorge, um die Konflikt- und Problemlösung zu verbessern. Folglich ist die Erarbeitung dieses Dokuments einer der wichtigsten Aspekte des Equity Plans.

BEABSICHTIGTE RESULTATE

Das Hauptziel der Datenerhebung war, zu identifizieren, wie die SURT Mitarbeiter*innen Stärken, Schwächen und Herausforderungen der Organisation wahrnehmen und welche Empfehlungen sie haben. Außerdem sollten wiederkehrende Themen erhoben werden, um sie in den Gender Equity Plan einzubauen. Die Ergebnisse der Umfrage und der Reflexionsgruppen werden in zwei verschiedenen Berichten dargestellt.

Die Empfehlungen und Vorschläge waren vielzählig und divers; dennoch stehen zwei Punkte hervor. Einerseits ist es die Notwendigkeit, Fürsorge innerhalb der Organisation zu stärken, andererseits die Herausforderung, effektive und inklusive Kommunikationsmechanismen zu finden. Der Gender Equity Plan enthält Maßnahmen um in diesen Bereichen Verbesserung zu erzielen.

HERAUSFORDERUNGEN & RISIKEN

Eine Schwierigkeit während der Analysephase war es, die gesamte Mitarbeiterschaft zu erreichen. Die Stichprobe der Umfrage umfasste die Gesamtzahl der Mitarbeiter*innen, d.h. 102 Angestellte mit festen Verträgen. Der online Fragebogen wurde an alle Mitarbeiter*innen

verschickt, aber nur von 66 - d.h. 64% - geöffnet und nur von 50 - d.h. 49% - ausgefüllt. 51 Personen beteiligten sich an den Reflexionsgruppen, was der Teilnahmerate der Umfrage fast genau entspricht.

Alle Mitarbeiter*innen in den Analyseprozess einzubinden war eine herausfordernde Aufgabe. Auch wenn wir der Meinung sind, dass unsere Zahlen aussagekräftig genug sind, wollen wir darauf hinweisen, dass sie möglicherweise nicht repräsentativ sind.

FAIRNESS KOMMISSION

Basierend auf den Erfahrungen der weiblichen Mitarbeiterinnen von SURT bewilligten der Vorstand und der Stiftungsrat den Gender Equity Plan im Oktober 2021. Dieser wurde mit der gesamten Organisation diskutiert und schließlich im Dezember 2021 vom Verwaltungsausschuss final bestätigt. Die Umsetzung ist für den Zeitraum 2022 bis 2025 (eine vierjährige Laufzeit) geplant; die Gesamtzahl der Maßnahmen und Aktionen muss also noch umgesetzt werden.

Die Fairness Kommission soll ein Werkzeug für die gesamte Organisation sein und soll die Entwicklung hin zu Geschlechtergerechtigkeit und auf feministischen Werten basierenden Organisationsmodellen sicherstellen. Dementsprechend ist die Fairness Kommission gemeinsam mit dem Vorstand für die Umsetzung des Gender Equity Plans und die Kommunikation mit der gesamten Organisation verantwortlich - neben ihrer zentralen Rolle im Erarbeitungsprozess.

Die Kommission setzt sich aus je einer Person aus den verschiedenen Arbeitsbereichen von SURT zusammen: Zentrale Dienste, Finanzielles Empowerment, Persönliches Empowerment, Verwaltung, gewerkschaftlicher Vertreter, Personalmanagement.

Das Hauptziel des Gender Equity Plans ist es, sowohl intern als auch extern Modelle für die Organisation und Praxis zu implementieren, die auf feministischen Werten und einer Care-Ethik basieren. Für jeden Arbeitsbereich wurden spezifische Ziele, Indikatoren und Maßnahmen definiert. Darauf basierend wurde ein Aktionsplan ausgearbeitet, indem die

verschiedenen Schritte und Maßnahmen für die Erreichung der definierten Ziele integriert und systematisiert wurden. Die Planung besteht aus einer spezifischen Zielsetzung und erwarteten Resultaten; innerhalb der Laufzeit des Plans (2022-2025) umzusetzende Maßnahmen; für die Umsetzung verantwortliche Bereiche und Personen; ein Kalender mit festgelegten Startpunkten für die Maßnahmen. Die Fairness Kommission ist für die Einhaltung des Plans verantwortlich.

NOTWENDIGE RESSOURCEN

Der Stadtrat Barcelona hat über zwei öffentliche Förderungen die Analysephase und die Umsetzung des Projektes finanziert. Mit diesen Förderungen sollten mehrere soziale Einrichtungen bei der Entwicklung von internen Tools unterstützt werden.

In Bezug auf Datenerhebung wurden in der zweiten Phase des Projektes (Umsetzung) die gleichen schon beschriebenen Methoden angewendet.

BEABSICHTIGTE RESULTATE

Durch die Erarbeitung eines spezifischen Aktionsplans wird erwartet, dass alle im Dokument ausgeführten Ziele und Maßnahmen angemessen und effizient umgesetzt werden können.

Zwei Maßnahmen wurden als Prioritäten hervorgehoben: ein internes Vorgangsprotokoll für sexuelle Belästigung und Belästigung am Arbeitsplatz; und ein Fürsorge-Leitfaden, der spezifische Definitionen und Werkzeuge für den Bereich Care-Ethik enthält.

In Bezug auf das Vorgangsprotokoll für sexuelle Belästigung und Belästigung am Arbeitsplatz wird ein Update und eine Umsetzung des Protokolls erwartet - und so auch im Equity Plan festgelegt. Der fünfte Bereich der Veränderung ist dementsprechend für diese Veränderung ausgelegt. Zusätzlich zur Besprechung soll Innovation angestoßen und die Prävention von Belästigung verbessert werden. Außerdem soll die gesamte Einrichtung sensibilisiert werden. Um diese Resultate zu erzielen, wurden die Leitung des Personalmanagements, der Präventionsausschuss und eine externe Beratungsperson eingebunden.

Eine weitere Erwartung ist die Fertigstellung des Fürsorge-Leitfadens bis 2025. Der Plan wird im Gender Equity Plan umrissen und ist ein Ergebnis der laufenden Erarbeitung. Um dieses Ziel zu erreichen, ist im Equity Plan eine neue organisationsweite Umfrage inkludiert, die sich spezifisch mit dem Thema Fürsorge befasst.

Diese Umfrage soll vor allem ein umfassendes Verständnis von unseren Interpretationen des care-Begriffes ermöglichen und darstellen, wie wir diese Konzepte in die täglichen Routinen der Mitarbeiter*innen integriert sehen möchten. Zudem sollte sie konkrete Beispiele und Vorschläge für die Umsetzung einer solchen Vision erheben. Die Ergebnisse werden in einem umfangreichen Bericht dargestellt, der auch mögliche Vorschläge für die Entwicklung des finalen Leitfadens enthält.

Die Grundlage für diesen Prozess ist der „Selbstdiagnose-Leitfaden für Organisationen - feministische Perspektiven auf Ethik und Care“, der vom Netzwerk Organizations for Global Justice entwickelt wurde. Dieser Leitfaden ist in sechs Achsen strukturiert, die unabhängig voneinander angewandt werden können: vorherrschende Werte; Konflikte, Beziehungen und Emotionen; Teilhabe und Demokratie; Arbeits- und Aufgabenorganisation; Konfliktschlichtung und geteilte Verantwortung; sexuelle und geschlechterbasierte Belästigung. Anhand dieser Dimensionen befasst sich der Selbstdiagnose-Leitfaden aus einer feministischen Perspektive mit Care-Ethik innerhalb des Arbeitsumfeldes und im Kontext von professionellen Beziehungen.

HERAUSFORDERUNGEN & RISIKEN

Da es sich um einen umfangreichen Plan mit mehreren Aktionen und Maßnahmen handelt, ist Kontinuität und die Einhaltung des Zeitplans eine Herausforderung. Für diesen Aspekt ist hauptsächlich die Fairness Kommission verantwortlich, die bestimmte Aktionen je nach kontextuellen Bedürfnissen priorisiert. So bekommt der Plan eine gewisse Flexibilität und die Problemstellung kann gelöst werden.

Eine weitere Herausforderung ist die Kommunikation mit und die Einbindung aller Teile der Organisation während der Umsetzung des Aktionsplans. Die festgelegten Aktionen betreffen alle Mitarbeiter*innen von SURT; es ist allerdings schwierig, diese Information an alle zu verbreiten. Die Kommission ist derzeit für die Übermittlung der Informationen an die Kommunikationsabteilung

von SURT zuständig, um einen kontinuierlichen Austausch sicherzustellen. Das ist zentral für eine effektive Umsetzung des Plans und um etwaige Hürden zu bewältigen.

REFLEKTIONEN

Im Kontext der COVID-19 Pandemie wurde für SURT die Notwendigkeit einer Initiative zur Förderung von Gleichberechtigung aus einer feministischen Perspektive auf care und Fürsorge evident. Davon ausgehend wurde der Gleichberechtigungsplan der Organisation geprüft und darauf aufbauend ein Vorgang festgelegt, der sich mit dem Thema auseinandersetzt und der Ausarbeitung des Gender Equity Plans dient.

Diese Entscheidung und die geleistete Arbeit können als ein positives Beispiel hervorgehoben werden. Der Gender Equity Plan ist ein mittelfristiges Projekt, das ein Team an Fachpersonal im Themenbereich persönliche Fürsorge und Wohlbefinden besser ausbildet und sensibilisiert. Arbeitsplatzdynamiken auf dieser Grundlage zu errichten ist zentral, um eine Krise in der professionellen Kapazität zu vermeiden.

Alle Prozesse, Reflexionen und Maßnahmen, die zur Entwicklung des Plans eingesetzt wurden, zeigen die Notwendigkeit eines intern festgelegten Umgangs mit dem Thema Fürsorge. Es gibt jedoch bestimmte Maßnahmen, die auf diese Bedürfnisse direkter reagieren können, wie beispielsweise der Fürsorge-Leitfaden und das Verfahrensprotokoll bei Belästigung. Das erste Dokument befindet sich noch in der Entwurfsphase. Es werden zum Zeitpunkt dieses Berichts Umfragen ausgeführt, um genauere Informationen über die verschiedenen Ideen und Gedanken zum Thema Fürsorge und care zu erhalten. SURT arbeitet bereits mit einem Verfahrensprotokoll bei Belästigung, das jedoch überarbeitet wird, um die Ergebnisse der Umfragen, insbesondere der zweiten, zu integrieren.

Was wir hier angestrebt haben, war eine kurze Beschreibung des Analyse- und Erarbeitungsprozess des Gender Equity Plans, um Ideen für mögliche Strategien im Umgang mit Krisen in Bezug auf Fürsorge und care am Arbeitsplatz zu geben.

SUPERVISION

Supervision ist ein wichtiges Instrument, um Frauenschutzorganisationen zu helfen, ihre Leistungen nach der Pandemie zu verbessern. Es handelt sich um einen wechselseitigen Prozess, bei dem Übernahme von Verantwortung zentral ist. Die Mitarbeiter*innen werden motiviert und die Entwicklung von bewährten Praktiken wird unterstützt.

Mindestens seit der Gründung der Wiener Psychoanalytischen Vereinigung treffen sich Psycholog*innen in Gruppen, um ihre klinische und theoretische Arbeit zu betreuen (Counselman & Weber, 2004). Supervision ist eine Form des Bildungsprozesses, der in verschiedenen Bereichen oder Berufen stattfinden kann. Supervision stellt eine Form der beruflichen Bildung dar. Teilnehmer*innen einer Supervision sollten die Möglichkeit haben, von Expert*innen in ihrem Berufsfeld zu lernen. In einigen Fällen können sie jedoch auch von Expert*innen aus anderen Bereichen lernen (American Psychological Association, 2015).

Supervision gibt den Arbeitnehmer*innen die Möglichkeit, über ihre Praxis zu reflektieren, sich auf ihre Stärken zu konzentrieren, Feedback, Anleitung und Unterstützung zu erhalten, Bereiche für die persönliche Entwicklung zu identifizieren und zu besprechen. Die Vorteile sind: Mitarbeiter*innen wird geholfen, ihre Fähigkeiten und ihr Wissen zu entwickeln und auszubauen, was auch die Personen positiv betrifft, die vom Personal betreut und unterstützt werden. Die Mitarbeiter*innen werden dabei unterstützt, sich in ihrer Praxis sicher zu fühlen (insbesondere in komplexen und schwierigen Situationen). Die Manager*innen und Organisationen können die Fortschritte ihrer Mitarbeiter*innen beaufsichtigen und überprüfen.

Für eine positive Beziehung zwischen den Teilnehmenden und der*dem Supervisor*in muss diese von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung für die Beiträge und Ideen des Gegenübers geprägt sein. Die Leitwerte sind Vertrauen, Offenheit und Ehrlichkeit, sodass die Teilnehmenden dabei unterstützt werden,

eine positive Beziehung zu den Menschen, Kindern und Familien in ihrer eigenen Praxis zu entwickeln.

Um die kontinuierliche professionelle Entwicklung des Personals zu unterstützen, muss die Supervision ein gewisses Maß an Lernen und Mentoring zur Verfügung stellen. Die Teilnehmenden sollten alle Aspekte ihrer Arbeit mit dem*der Supervisor*in besprechen können, und Verschwiegenheit muss gewahrt werden. Beide sollten die Möglichkeit haben, jederzeit auf die Supervisionsunterlagen zuzugreifen.

GRUPPENSUPERVISION

Bei der Auswahl eines Supervisionsmodells muss der*die Supervisor*in den beruflichen Entwicklungsplan mit verschiedenen Aspekten übereinstimmen: Ziele des Modells, theoretische Ausrichtung, Rollen und Beziehungen der Mitarbeiter*innen (mit oder ohne Teamleiter*in), Grad der Strukturierung des Verfahrens, Fokus des Feedbacks und Phasen der Gruppenentwicklung. Es gibt zwei Arten der Gruppensupervision: vertikale und horizontale. Bei der vertikalen Supervision handelt es sich um eine hierarchische Beziehung, bei der der Supervisor als ausgewiesener Experte in den Prozess eingebunden ist; sie umfasst die tutorielle Supervision, die Ausbildungssupervision, die Management- und Beratungssupervision. Bei der horizontalen Supervision handelt es sich um eine nicht-hierarchische Beziehung, die gemeinhin als Peer-Supervision bezeichnet wird, und die Supervision erfolgt auf gleicher Ebene in Form von Beratung. Die Peer-Supervision unterscheidet sich von traditionelleren Supervisionssettings dadurch, dass die Anwesenheit einer qualifizierteren, ausgewiesenen Expert*in (der*die Supervisor*in) im Prozess nicht notwendig ist. Zudem legt der Peer-Supervisionsprozess den Schwerpunkt auf entwicklungsorientiertes, kritisches und unterstützendes Feedback und ermutigt zu selbstgesteuertem Lernen, während die bewertende Evaluation in den Hintergrund rückt.

Das Setting der Gruppensupervision ermöglicht es, sehr spezifische professionelle Repertoires zu entwickeln: z. B. aktiv zuzuhören, nicht zu konkurrieren und Beiträge zu leisten, die die Gruppe auf positive und produktive Weise voranbringen. Neben diesen erwerbbaaren Fähigkeiten bieten Gruppensettings noch viele andere Vorteile.

Durch Gruppensupervision, entweder unter Leitung oder als Peer-Supervision,

und unabhängig vom angewandten Supervisionsmodell, können Fachleute, Auszubildende, Supervisor*innen, Teilnehmende folgendes erreichen:

kontinuierliche berufliche Weiterentwicklung; - stärkere (soziale) Vernetzung; - Lernen durch Beobachtung; - mehrere Zuhörer*innen für einen Fall zu haben; - weniger Abhängigkeit von Autoritäten; - erhöhte Reflexionsfähigkeit und Optionen aus verschiedenen Bezugsrahmen; - verringerte Arbeitseinschränkungen; - Autonomie und Konfliktlösung; - Entwicklung von Empathie; - Feedback von Kolleg*innen; - die Isolation von privater Praxis überwinden, sodass man Unterstützung, Ermutigung und praktische Ideen erhält; - Modellieren und Einüben positiver und produktiver Diskussionen; - öffentliches Reden und Präsentieren üben; - Entwicklung eines professionellen Repertoires; - Erreichen individueller Ziele in Bezug auf schwierige Fälle, ethische und berufliche Fragen; - sich in der Präsentation sicher fühlen, Gemeinschaft, Kollegialität, Bestätigung und Zugehörigkeit.

Der Begriff "reflexive Praxis" wurde 1983 von Schön entwickelt, der damit das "Wissen im Handeln" hervorhob, und wird seither in einem breiteren Sinn verwendet. Dewey (1933) beschrieb die Reflexion zunächst als "Denken über das Denken" und ermutigte Fachpersonal, nach den Gründen für ihre Entscheidungen und Handlungen zu fragen, da die reflexive Praxis ein wechselseitiger Prozess ist, bei dem die Erfahrung der Auslöser für die Reflexion und eine achtsame Praxis ist.

Die reflexive Praxis wurde als ein Prozess entwickelt, in dem Fachleute die Fähigkeit erwerben, ihre eigenen (Vor)annahmen zu erkennen und zu ändern, um ihr Bewusstsein, ihre Wirksamkeit und ihre Kompetenz zu erhöhen. Sie ist eine Art, über Erfahrung zu lernen, und ermöglicht es Fachleuten, aus eigenen konkreten Erfahrungen eine abstrakte Konzeptualisierung einer Idee zu entwickeln. Nach dieser neuen Idee können sie im nächsten Schritt handeln und daraus weitere Erfahrungen sammeln. Die Praxis kann ein gemeinsames Setting für die Aus- und Weiterbildung bieten, in dem die Fähigkeiten zur reflektierenden Praxis gelehrt und entwickelt werden. Bei den ersten Überlegungen geht es um Beschreibungen, während die tieferen Ebenen der Reflexion eine eingehendere Prüfung von Vorannahmen und eine kritische Synthese beinhalten.

Die reflektive Praxis kann effektiv gelernt werden:

- in Kleingruppen

- über narrative Methoden
- in einer strukturierten Supervision, die Sicherheit und Vertrauen fördert
- über geführte und durch Mentoring begleitete Abläufe
- in einem learning-by-doing Zugang, indem Reflexion das Lernen antreibt und die Integration von Erfahrung in Wissen und Fähigkeiten erleichtert
- ein kritisches Bewusstsein wird entwickelt, indem über die Vorgänge während einer Intervention reflektiert wird (Reflexion in Aktion), indem nach einer Intervention eine Analyse gestartet wird (Reflexion über die Aktion) und indem für zukünftige Interventionen geplant wird (Reflexion für die Aktion)

Die reflexive Praxis ist ein sich wiederholender Prozess, bei dem die Erfahrung der Auslöser für die Reflexion ist. Die oberflächliche Reflexion beinhaltet eine Beschreibung, während die tieferen Ebenen der Reflexion eine eingehendere Prüfung von Vorannahmen und eine kritische Synthese umfassen. Die Fähigkeit zu reflektierender Praxis ist ein Teil der Kompetenzanforderungen für Arbeitnehmer*innen in allen Bereichen des Gesundheitswesens. Reflektierte Praxis kann die folgenden drei Formate annehmen:

1. In sogenannten reflexiven Supervisionsgruppen werden unbewusste Dynamiken aus der therapeutischen Arbeit in der Gruppe noch einmal durchgespielt. Dieser Vorgang wird auch „paralleler Prozess“ genannt. Die Gruppe, zusammen mit dem*der Supervisor*in, spiegelt die unbewussten Dynamiken wider, die in der Präsentation des*der Supervisand*in zu Tage treten. In diesem Fall hilft der*die Supervisor*in den Teilnehmenden, ihre Erfahrungen in der Supervision zu nutzen, um Einsicht in die therapeutischen Beziehungen zu erhalten.

2. Reflektive Beratung ist eine achtsame Praxis für Fachkräfte. In diesem Fall ist das Bewusstsein über die eigenen Stärken und/oder Grenzen, das Stressniveau und die Achtsamkeit gegenüber persönlichen Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung, da letztere die Leistung beeinflussen können. Nach jeder Beratungssitzung evaluiert die Fachkraft ihre Leistung. Diese Lernstrategie ermöglicht den Fachkräften, sich den theoretischen Grundlagen ihrer Arbeit bewusst zu werden und aus ihren Erfahrungen zu lernen. Die reflektierende Beratung mit Fachleuten oder Personal aus

Krankenhäusern ist eine Methode, um das Bewusstsein für die eigenen Stärken und/oder Grenzen zu verbessern.

3. In einem Praktikum geht es in erster Linie um Lernen durch Erfahrung (learning-by-doing). Auszubildende oder Fachkräfte reflektieren über ihre Erfahrungen, um kontinuierlich zu lernen und das Gelernte auf neue Erfahrungen anzuwenden.

Doch bei der Supervision geht es nicht nur um Lernen...

Es geht auch um Unterstützung.

Es ist eine effektive Prävention von Burnout.

Es geht um die Verantwortung, die Fachleute für die Personen, die sie betreuen, haben sollten.

REFLEKTIONEN

Supervision ist ein Eckpfeiler in der Arbeit des Frauen- und Gewaltschutzes und bietet einen vielschichtigen Ansatz, um sowohl das emotionale Wohlbefinden des Personals als auch die Wirksamkeit der Unterstützungsleistungen für Frauen in Not zu gewährleisten. Die emotionsgeladene Art der Arbeit, die oft mit Fällen von Trauma und Missbrauch zu tun hat, braucht eine unterstützende Struktur. In regelmäßigen Supervisionssitzungen können die Mitarbeiter*innen schwierige Fälle besprechen, Erfahrungen austauschen und sich beraten lassen. Dies beugt nicht nur Burnout und erschöpfter Empathiefähigkeit (engl. compassion fatigue) vor, sondern fördert auch berufliche Entwicklung und Wachstum.

Darüber hinaus spielt Supervision eine zentrale Rolle bei der Verbesserung der Fähigkeiten und der Verbreitung von Wissen. Sie dient als Plattform für kontinuierliche Fortbildung und stellt sicher, dass die Mitarbeiter*innen über bewährte Verfahren und neue Entwicklungen auf dem Laufenden bleiben. Dieser kontinuierliche Lernprozess verbessert die Qualität der Dienstleistungen und stattet die Mitarbeiter*innen mit den Instrumenten aus, die sie benötigen, um auf die sich wandelnden Bedürfnisse der von ihnen betreuten Frauen einzugehen.

Im Grunde genommen ist Supervision eine Investition in die Widerstandsfähigkeit und das Empowerment des Personals. Ein gut betreutes Team kann die Komplexität der Aufgaben von Frauenschutzorganisationen besser bewältigen und letztlich nachhaltigere und wirkungsvollere Unterstützung anbieten. Durch

die Priorisierung von Supervision stärken Organisationen ihre Initiativen der Interessensvertretung, fördern eine Kultur der stetigen Verbesserung und sorgen dafür, dass sie ihren Auftrag mit Kraft und Mitgefühl erfüllen können.

FUNDRAISING

Fundraising ist die Gesamtheit der Maßnahmen, die gemeinnützige Organisationen ergreifen, um die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und/oder Ressourcen für die Ausübung ihres Auftrags und ihrer Aktivitäten zu erhöhen bzw. weiterzuentwickeln. Es gibt viele Arten von Fundraising, die sich stark voneinander unterscheiden und viele verschiedene Methoden und Praktiken beinhalten. Die Spender*innen können vielfältig sein und umfassen den privaten Sektor (Unternehmen), Stiftungen und internationale Organisationen.

Für Frauenschutzorganisationen sind Fundraising-Aktivitäten nicht einfach „Mittelbeschaffung“, sondern müssen als Pflege, Entwicklung und Erweiterung von Ressourcen betrachtet werden. Diese Ressourcen sind für die Verwirklichung des Auftrags der Organisation erforderlich und dienen der Förderung und Stärkung ihrer sozialen und politischen Identität in der Community und gegenüber einer Vielzahl von Interessengruppen.

In diesem Kapitel skizziert die Partnerorganisation Rel.Azione Positive zwei wirkungsvolle Praktiken, die während der COVID-19 Pandemie zur Unterstützung des Fundraisings der Organisation eingeführt wurden.

ONLINE-SOLIDARITÄTSMARKT

Vor COVID-19 war eine der vom Anti-Gewalt-Zentrum (AVC) in Padua umgesetzten Fundraising-Strategien die Teilnahme an lokalen "Solidaritätsmärkten". Solche Veranstaltungen fanden im Rahmen lokaler Festivals statt, die gemeinnützigen Organisationen gewidmet waren, oder bei Veranstaltungen, die von anderen Organisationen oder der öffentlichen Verwaltungen organisiert wurden. Bei diesen Events bot AVC von Frauen in AVC-Werkstätten handgefertigte Produkte (Handtaschen, Armbänder, Ohrringe, Haargummis, Shopper) und personalisierte Artikel (T-Shirts, Sweat-Shirts,

Tassen, Notizbücher, Magnete, Aufkleber) gegen eine Spende an.

Aufgrund der wegen COVID-19 verhängten Beschränkungen und der damit verbundenen fehlenden Möglichkeit, an öffentlichen Veranstaltungen wie den oben genannten teilzunehmen, versiegte plötzlich eine wichtige Geldquelle für AVC. Es mussten daher Wege gefunden werden, um diese Aktivitäten über alternative Kanäle fortzusetzen.

In Anlehnung an bestehende Online-Marktplätze wurde der "Online-Solidaritätsmarkt" geschaffen, der bis heute existiert. Er besteht hauptsächlich aus einer Webseite, auf der ein Katalog der verfügbaren Produkte veröffentlicht wird. Für jedes Produkt gibt es ein Bild, eine Beschreibung und die geforderte Mindestspende. Es wurden einfache und verständliche Anweisungen bereitgestellt: für die Bestellung (per Telefon, E-Mail oder über soziale Medien), die akzeptierten Zahlungsarten (Banküberweisung oder Barzahlung), die Abholung der Produkte (an bestimmten Wochentagen und zu bestimmten Zeiten) und/oder die Lieferung der Produkte per Post (die einzigen verfügbaren Modalitäten während der COVID-19 Einschränkungen). Alle Schritte wurden von den AVC-Mitarbeiter*innen verwaltet, ohne Verwendung spezieller, professioneller Software. Es wurde eine Kommunikationsstrategie zur Unterstützung des "Online-Solidaritätsmarktes" entwickelt, mit besonderem Augenmerk auf relevante Zeiträume wie die Weihnachtszeit, den 8. März und den 25. November. Gegenwärtig läuft der "Online-Solidaritätsmarkt" parallel zu den Solidaritätsmärkten, die bei Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden.

NOTWENDIGE RESSOURCEN

Die für die Durchführung des Online-Solidaritätsmarktes erforderlichen Ressourcen umfassten Zeit, Personal und Kosten für die involvierte Technologie:

- Räumlichkeiten (Kiste oder Tisch), Technik und Fertigkeiten für Produktfotografie (Handy, Kamera, Ringlicht);
- Software und Kenntnisse zur Fotobearbeitung (z. B. Photoshop);
- Software oder Programme für die Erstellung von Katalogen (z. B. inDesign oder die kostenlose Alternative Canva);

- Mitarbeiter*innen für die Verwaltung der Website und der sozialen Medien;
- Mitarbeiter*innen für die Verwaltung von Bestellungen und Zahlungen, Abholung/Zustellung;
- Mitarbeiter*innen für die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (Bewerbung);
- Verfügbare Mittel, um im Voraus in die Entwicklung von Produkten oder den Kauf von Geräten zu investieren;
- Ausreichend Platz für die Lagerung von Produkten (Stoff, Knöpfe, Schnüre) und Artikeln;
- Kreativität bei der Entwicklung neuer Produkte und Artikel.

BEABSICHTIGTE RESULTATE

Der Online-Solidaritätsmarkt zielte in erster Linie darauf ab, in Krisenzeiten und bei physischen Einschränkungen wie bei COVID-19 eine traditionelle Quelle des Fundraisings zu sichern. Diese Praxis ihr Potenzial für Nachhaltigkeit, Replizierbarkeit, Skalierbarkeit und Kostenwirksamkeit bewiesen und die Erwartungen übertroffen.

HERAUSFORDERUNGEN & RISIKEN

Das einfach gehaltene System zur Erfassung von Aufträgen und zur Verwaltung der Abholung, Lieferung und Bezahlung von Produkten birgt einige Risiken und Schwierigkeiten, unter anderem:

- Mögliche Fehler bei der Verwaltung von Produktbestellungen, insbesondere bei Einzelstücken;
- Aktualisierung des Katalogs verfügbarer Produkte

Weitere Schwierigkeiten und Risiken können sein:

- Die im Voraus getätigten Investitionen für die Herstellung von Produkten oder den Kauf von Geräten sind nicht durch Spenden gedeckt;

- Platzmangel bei der Lagerung der Produkte;
- Begrenzte personelle Ressourcen für die Betreuung;
- Konkurrenz von anderen gemeinnützigen Organisationen

ENGAGEMENT ÜBER SPORTVERANSTALTUNGEN

Seit dem Ausbruch von COVID-19 hat sich eine neue Interessensgruppe für die Entwicklung von Fundraising-Aktivitäten etabliert: Sportorganisationen und Manager*innen von Sportveranstaltungen. Fundraising-Initiativen mit diesen Akteur*innen bieten oft eine Vielzahl von möglichen Aktivitäten und Tools, sodass die Zusammenarbeit eher einer vollwertigen Partnerschaft ähnelt.

Während der COVID-19 Pandemie wurden Sportveranstaltungen online als "virtuelle Wettstreite" organisiert und es gab die Möglichkeit für die Teilnehmenden, einen Beitrag zur Mission von gemeinnützigen Organisationen zu leisten. Gegenwärtig sind bei Sportveranstaltungen die Teilnehmenden wieder vor Ort anwesend, wobei der Lauf- und/oder Trekkingsport mit dem Padua-Marathon das wichtigste Ereignis ist. Gelegentlich werden auch Volleyball-, Rugby- oder Fußballturniere durchgeführt. Solche Sportveranstaltungen können einen Solidaritätszweck (z.B. Pink Run) haben oder zur Unterstützung des Zentrums für Gewaltprävention als begleitende Solidaritätsmaßnahme (wie z.B. der Padua-Marathon) organisiert werden.

Im Einzelnen können die Fundraising-Aktivitäten/-Tools im Rahmen von Sportveranstaltungen Folgendes umfassen:

- Herstellung und Verkauf von personalisierten T-Shirts und Startnummern;
- eigener Stand im Zielbereich für die Verteilung von Gadgets;
- Einbeziehung von hochrangigen Läufer*innen/Spieler*innen; individuelle Spendeninitiativen, die von den Teilnehmenden der Veranstaltung gefördert werden;
- Einbeziehung von Unternehmen und anderen Interessensgruppen durch Sponsoring-Anfragen (z. B. könnte bei einer Mindestspende das Logo des Unternehmens auf einem T-Shirt angebracht werden);
- Unternehmen zur Teilnahme am Wettbewerb als "Teambuilding"-Aktivität

motivieren.

Eine bewährte Praxis besteht darin, jedes Sportereignis mit einem bestimmten zu unterstützenden Projekt zu verknüpfen, anstatt es bloß mit einer allgemeinen Unterstützung für die Gewaltschutzeinrichtung zu verbinden. Hierfür muss eine eigene Kommunikationsstrategie entwickelt werden.

Ein positiver, indirekter Effekt ist, dass die Teilnahme an solchen Veranstaltungen auch für die Mitarbeiter*innen der Einrichtung eine teambildende Maßnahme darstellt. Die Teilnahme der Mitarbeiter*innen als "Team" ist ein Zeichen des Engagements, das von anderen Teilnehmer*innen und Unterstützer*innen gesehen und geschätzt wird.

NOTWENDIGE RESSOURCEN

Für die beschriebenen Aktivitäten wurden Zeit, Personal und Kosten für Technologie benötigt:

- Mitarbeiter*innen, für den Kontakt mit den Veranstaltungsleiter*innen, zur Anmeldung der Teilnehmer*innen, Verteilung der T-Shirts/Startnummern/Gadgets;
- Mitarbeiter*innen für den Kommunikationsplan und -aktivitäten;
- Verfügbare Mittel, um im Voraus in den Kauf von T-Shirts und Startnummern zu investieren;
- Einbezug und Teilnahme der Gewaltschutz-Mitarbeiter*innen;
- Mitarbeiter*innen für die Website und Social Media;
- Einbindung von Freiwilligen.

ERWÜNSCHTE RESULTATE

"Sport Fundraising" ist eine Praxis, die darauf abzielt, notwendige Gelder während der COVID-19 Pandemie einzunehmen, da es dank virtueller Wettkämpfe möglich war, die Teilnehmer*innen bei Sportveranstaltungen in Solidaritätsinitiativen einzubinden. Auch in der gegenwärtigen Situation hat sich das sportliche Fundraising, insbesondere mit Lauf-/Trekking-Veranstaltungen, als eine sehr kosteneffiziente Fundraisingstrategie erwiesen.

HERAUSFORDERUNGEN & RISIKEN

Zu den Herausforderungen und Risiken können gehören:

- Schlechte Wetterbedingungen können die Teilnahme an

- Sportveranstaltungen wie z. B. Wettrennen stark beeinträchtigen;
- Die im Voraus getätigten Investitionen für den Kauf von T-Shirts und Startnummern sind nicht durch Spenden gedeckt;
- Wenige Freiwilligen beteiligen sich, da die Sportveranstaltungen an Wochenenden oder Feiertagen stattfinden;
- Begrenzte personelle Ressourcen für die Organisation;
- Konkurrenz von vielen anderen gemeinnützigen Einrichtungen.

REFLEKTIONEN

Auch wenn die beiden oben vorgestellten Praktiken im Zusammenhang mit der COVID-19 Krise entwickelt wurden und vor allem das Ziel hatten, die Notwendigkeit von Fundraising in Krisenzeiten und während physischen Einschränkungen zu bewältigen, haben sie über die Erwartungen hinaus ihr Potenzial für Nachhaltigkeit, Replizierbarkeit, Skalierbarkeit und Kostenwirksamkeit bewiesen.

Derzeit läuft der Online-Solidaritätsmarkt parallel zu Solidaritätsmärkten, die in Präsenz stattfinden. Die Onlineversion ermöglichte es dem Anti-Gewalt-Zentrum, die Reichweite des Solidaritätsmarktes zu vergrößern und das Netzwerk an Spender*innen und Unterstützer*innen zu erweitern. Was die Praxis des „Sport Fundraising“ betrifft, so ist der Gewinn in Bezug auf Unterstützung und Sichtbarkeit trotz der Investitionen (insbesondere in Bezug auf die Personalressourcen) relativ gut.

FALLMANAGEMENT IN KRISENSITUATIONEN

Die Arbeit mit Fällen von häuslicher Gewalt ist für die Mitarbeiter*innen eine Herausforderung. Es ist eine schwierige Aufgabe, viele Stunden am Tag mit Gewalt zu tun zu haben, verzweifelten Opfern gegenüberzustehen und kreative Lösungen zu finden. Die Angst, einen Fehler zu begehen, und die Sorge um das Wohlergehen der Betroffenen sind immer präsent, wodurch das Personal anfällig für Burnout ist. Deswegen ist es grundlegend, dass die Mitarbeiter*innen die persönlichen und beruflichen Kompetenzen besitzen, mit dieser Art von Stress umgehen und die Fälle erfolgreich bearbeiten zu können.

Die COVID-19 Pandemie hat die Schwierigkeiten im Umgang mit häuslicher Gewalt erwartungsgemäß erhöht. Die Situation stellte nicht nur die Opfer häuslicher Gewalt vor neue Herausforderungen, sondern auch die im Gewaltschutz arbeitenden Fachleute.

Für Betroffene häuslicher Gewalt brachte die Pandemie neue Lebensbedingungen, die in vielen Situationen ein erhöhtes Risiko für Übergriffe darstellten (Bullinger, Carr, & Packham, 2020; Kaukinen, 2020). Durch die Lockdowns und verpflichtenden Ausgangsbeschränkungen fühlten sich jene Betroffenen, die mit dem Täter zusammenlebten, zu Hause gefangen; diejenigen, die versuchten, aus dieser Situation auszubrechen, zögerten die Entscheidung möglicherweise hinaus, und diejenigen, die bereits mit der Trennung konfrontiert waren und getrennt lebten, fühlten sich durch die Lockdowns und die Reduzierung des sozialen Lebens oft noch stärker isoliert. Während der Pandemie gab es neue Formen der Gewalt: z. B. die Drohung, sich selbst absichtlich mit dem Virus anzustecken, oder die Drohung, den Zugang zu den Kindern abzuschneiden, weil sie aufgrund des Berufes der Betroffenen dem Virus ausgesetzt würden (z. B. bei der Arbeit im Gesundheitswesen oder im Kundendienst von Supermärkten). Auch andere Formen der Gewalt, wie Online-Gewalt, wurden potenziell verschärft. Trotz häuslicher Gewalt galt bei COVID-19 grundsätzlich das Gebot "zu Hause zu bleiben".

Einigen Betroffenen war möglicherweise nicht bewusst, dass ihre Situation eine Ausnahme darstellte und die Anordnungen für sie damit nicht gültig waren. Andere Betroffene waren vielleicht (aus altruistischen Gründen) der Meinung, dass die gewalttätige Situation nicht ernst genug war, um sie offenzulegen und Hilfe zu suchen - da ja in der Pandemie viele Menschen mit ernststen gesundheitlichen Problemen konfrontiert waren und einige auch starben. Für diejenigen, die bereits Unterstützung durch spezialisierte Einrichtungen erhielten, war es eine neue Hürde, diese Unterstützung online fortzusetzen und das dafür erforderliche technologische Wissen zu besitzen oder zu erwerben (Erskine, 2020). Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt im Allgemeinen sahen sich in Bezug auf die restriktiven COVID-19 Maßnahmen auch einer verstärkten Isolation gegenüber.

Für die Mitarbeiter*innen in spezialisierten Frauenschutzeinrichtungen war COVID-19 ebenfalls eine Herausforderung (Pfitzner et al., 2020; Pontedeira,

2020). Jene Mitarbeiter*innen, die mit Gewaltfällen arbeiteten, mussten schnell lernen, und Möglichkeiten für die Arbeit aus der Distanz entwickeln, und dabei gleichzeitig sicherstellen, dass bei Bedarf Unterstützungsleistungen persönlich und in Präsenz in einem sicheren Umfeld angeboten werden konnten. Arbeit in Distanz bedeutete oft, von zu Hause aus zu arbeiten; also an einem Ort, der für die Mitarbeiter*innen normalerweise ein sicherer Ort war, an dem sie sich ausruhen konnten und von den gewalttätigen und belastenden Situationen, die sie am Arbeitsplatz vorfinden, entfernen konnten. Für das Personal war es nicht nur schwierig, die erforderliche Technologie zu finden und zu besorgen, sondern auch einen Ort in ihren Wohnorten zu finden, an dem sie die Vertraulichkeit ihrer Arbeit wahren und ihre eigenen Familienmitglieder schützen konnten. Die Mitarbeiter der Frauenschutzeinrichtungen waren natürlich auch um ihre eigene Gesundheit und ihre Familie besorgt und hatten Angst vor den Folgen der Pandemie für ihr Privatleben (Pfitzner et al., 2020; Pontedeira, 2020).

Aus all diesen Gründen ist das Fallmanagement in Krisensituationen, insbesondere bei häuslicher Gewalt, noch schwieriger geworden. Eine "Task Force gegen Gewalt" kann helfen, das Fallmanagement zu verbessern. Der Begriff "Task Force" bezeichnet ein Team oder eine Einsatzgruppe, die sich mit einer bestimmten Aufgabe oder Aktivität befasst. Ursprünglich wurde der Begriff zur Beschreibung militärischer Einsatzteams verwendet. Heutzutage bilden viele nicht-militärische Organisationen diese Art von zeitlich begrenzten Spezialteams, um ad-hoc-Aktivitäten durchzuführen.

Verschiedene Organisationen haben Arbeitsgruppen zur Bekämpfung von Gewalt, insbesondere von häuslicher Gewalt, eingerichtet, um spezifische Strategien oder Produkte zu entwickeln. Die Vereinten Nationen haben zum Beispiel die einrichtungsübergreifende Task Force "Gewalt gegen Frauen" ins Leben gerufen, um Bemühungen auf nationaler Ebene zur Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen vermehrt durch ein neues System zu unterstützen. Zu dieser Task Force gehören wichtige Mitglieder wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Weltbank, das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) und weitere.

In Europa wurde 2005 die Task Force des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt

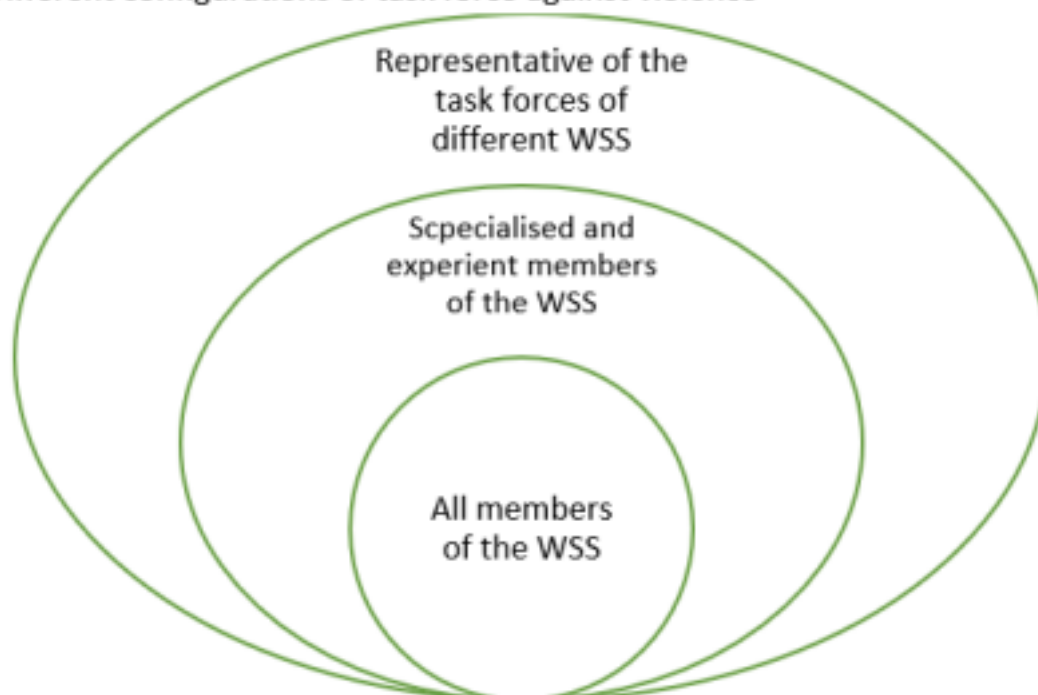
gegen Frauen, einschließlich häuslicher Gewalt (EG-TFV) eingesetzt, in der acht internationale Expert*innen aus dem Bereich Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vertreten sind. Als Ergebnis dieser Task Force wurde 2008 ein Bericht veröffentlicht, in dem die wichtigsten Prioritäten festgelegt wurden. Im August 2014 trat das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) in Kraft.

TASK FORCE GEGEN GEWALT

Die Einrichtung einer Task Force gegen Gewalt in einer Krisensituation ist von entscheidender Bedeutung, um angemessen auf spezifische Zeitpunkte reagieren zu können, in denen man mit unerwarteten Schwierigkeiten konfrontiert ist.

Die Task Force gegen Gewalt sollte aus spezialisierten Teams mit einem bestimmten Zweck (oder mehreren Zwecken) gebildet werden. Die Task Force innerhalb der Frauenschutzeinrichtung kann verschiedene Konfigurationen haben (Abbildung 1). Einerseits kann die Task Force von allen Mitgliedern einer bestimmten Einrichtung gebildet werden, sodass sich alle aktiv beteiligen können. Andererseits kann die Task Force aus einigen erfahreneren Mitarbeiter*innen bestehen, oder aus solchen, die sich vermehrt mit dem entsprechenden Thema befassen. Schließlich kann es auch wichtig sein, eine einrichtungsübergreifende Task Force mit einem*r Vertreter*in jeder Institution einzurichten und so Diskussionen zu unterstützen, die für mehrere Institutionen relevant sein sind. In jeder dieser Konstellationen ist es sehr wichtig, dass alle Mitglieder des Personals die wichtigsten Ergebnisse und Überlegungen der Treffen kennen.

Figure 1. Different configurations of task force against violence



Die Ziele, die mit der Task Force gegen Gewalt verfolgt werden, können je nach den Bedürfnissen der einzelnen Einrichtungen, dem Kontext, in dem sie eingerichtet wird, und vor allem je nach Krisensituation unterschiedlich sein.

Die COVID-19 Krise führte zu mehreren noch nie dagewesenen Schwierigkeiten, die eine sofortige und dringende Reaktion der Unterstützungseinrichtungen erforderten. In Abbildung 2 sind einige Beispiele für spezifische Herausforderungen aufgeführt, mit denen Frauenschutzorganisationen aufgrund der Pandemie konfrontiert waren. Zu Beginn mussten sich die Unterstützungseinrichtungen beispielsweise mit obligatorischen Schließungen auseinandersetzen und entscheiden, ob sie weiterhin face-to-face Dienstleistungen anbieten sollten oder nicht. In einigen Ländern gab es keine verbindlichen Regelungen, sodass die Entscheidung bei den einzelnen Stellen lag. Die meisten Einrichtungen begannen mit der Fernbetreuung, ohne Zeit für Schulungen zu haben und teilweise unter prekären technischen Bedingungen. Auch die Notfallpläne zur Sicherstellung der Gesundheit waren im Zusammenhang mit der Erbringung von Unterstützungsangeboten oft schwer umzusetzen (z. B. räumliche Entfernung bei der Betreuung).

In Frauenhäusern erwiesen sich die allgemeinen Notfallpläne ebenfalls als unwirksam. Einige Länder haben gesonderte Maßnahmen für die Unterbringung ergriffen, aber oft waren diese Maßnahmen auf allgemeine

Unterbringungseinrichtungen (z. B. Pflegeheime) ausgerichtet und für Betroffene häuslicher Gewalt nicht geeignet. So war es beispielsweise problematisch, dass man vor dem Eintritt in Unterkünfte wie Frauenhäuser ein negatives Testergebnis vorweisen musste. Auch die Maßnahme, bei der Aufnahme in das Frauenhaus eine 15-tägige Quarantäne vorzuschreiben, um sicherzustellen, dass die Person nicht kontaminiert war, erwies sich für Betroffene häuslicher Gewalt als nicht angemessen. Die teilweise in den Supermärkten verhängte Lebensmittelrationierung führte auch zu einigen Schwierigkeiten für die Mitarbeiter*innen, die normalerweise größere Mengen an Artikeln für die Frauenhäuser einkaufen. Durch die landesweiten Einschränkungen wurden auch Herbergen und Hotels geschlossen und die Mobilität wurde eingeschränkt, was das Reisen verhinderte. Das war auch eine Einschränkung für jene Frauen, die wieder mehr Autonomie hatten und das Frauenhaus verließen. Die Tatsache, dass die Frauen deswegen länger im Frauenhaus bleiben mussten sowie der erhöhte Bedarf an Unterkünften führten dazu, dass die Zahl der freien Plätze zu Beginn der Pandemie zurückging.

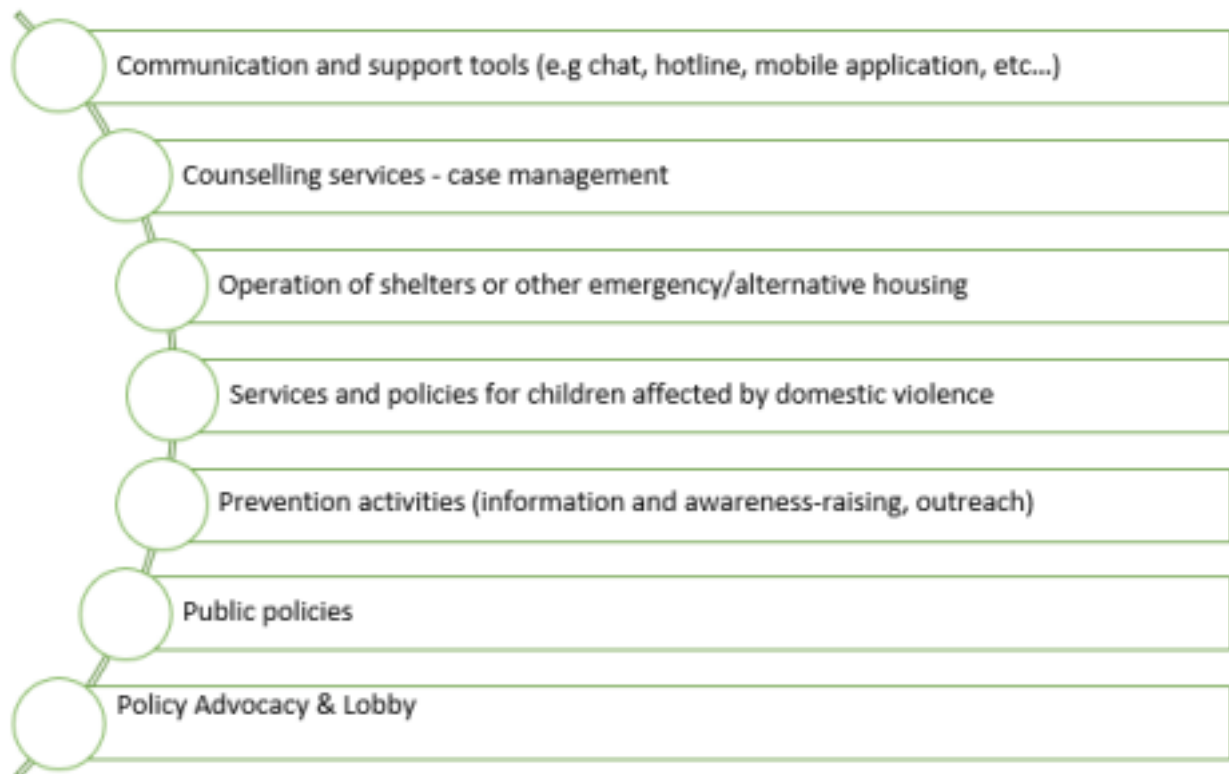
An einigen Orten wurden die Gerichte sogar für Fälle von häuslicher Gewalt geschlossen, was zu einer erheblichen Verzögerung bei der Rechtssprechung führte und die Sicherheit der Opfer gefährdete. Auch wenn der Betrieb weiterlief, stellten die gesundheitlichen Maßnahmen und Einschränkungen - wie z.B. Maskenpflicht - eine Herausforderung dar und schränkten die Kommunikationsfähigkeit der Menschen ein. Auch Fragen um das Sorgerecht waren zu Beginn der Pandemie problematisch, weil Gewalttäter ihren Partnerinnen drohten, ihnen ihre Kinder aufgrund der Lockdowns und Einschränkungen nicht zu übergeben. Teilweise wurden Sorgerechtsverfahren von den Gerichten pausiert.

Figure 2. Examples of the specific challenges faced by the specialized services during the COVID-19

Support centers	Shelters and other accomodation services	Court services
<ul style="list-style-type: none"> • Face-to-face services • Providing support remotely • Contingency plans to ensure health • Risk case management 	<ul style="list-style-type: none"> • Contingency plans to ensure health • Testing as mandatory • 15 days isolation as mandatory • Food rationing in supermarkets • Vacancies in shelters vs fears of contamination 	<ul style="list-style-type: none"> • Domestic violence cases • Restriction orders • Child custody

Angesichts dieser neuen Herausforderungen gab es zahlreiche Dimensionen und Aspekte, in denen eine Task Force eingesetzt werden konnte (Abbildung 3). Eine Task Force kann z.B. eingerichtet werden, um ein neues Kommunikationsmittel (z. B. einen Chat oder eine Hotline) zu entwickeln oder zu evaluieren. Im Hinblick auf neue Dynamiken von häuslicher Gewalt und Dienstleistungen aus der Distanz kann eine Task Force die Supervision übernehmen und Fälle verwalten. Beim Fallmanagement ist es wichtig, mehrere Stellen zusammenzubringen (z. B. Mitarbeiter*innen von verschiedenen Unterstützungseinrichtungen), damit Praktiken und Fälle besprochen werden können. In dieser Arbeitsgruppe könnten die herausforderndsten Fälle besprochen werden, sodass verschiedene Lösungen erörtert und die Verantwortlichkeiten der Fachleute aufgeteilt werden können. Die gleiche Art von Task Force kann eingerichtet werden, um die Bedürfnisse der Frauenhäuser in ihrem Betrieb zu erfassen und Partner zu finden, die zur Verbesserung der Dienstleistungen beitragen könnten (z. B. Supermärkte, die das Essen direkt an die Unterkunft liefern). Diskussionen über die Politik und öffentliche Vorgehensweisen sowie die Interessenvertretung sind in Krisenzeiten ebenfalls sehr wichtig. Die Regierung und die Gesetzgeber sind sich der besonderen Bedürfnisse von Betroffenen häuslicher Gewalt möglicherweise nicht bewusst. So können allgemeine Gesundheitsmaßnahmen zu einer erneuten Viktimisierung von Betroffenen führen. Frauenschutzorganisationen können wichtige Informationen liefern, um die Reaktion auf Fälle von Gewalt in Krisenzeiten zu verbessern.

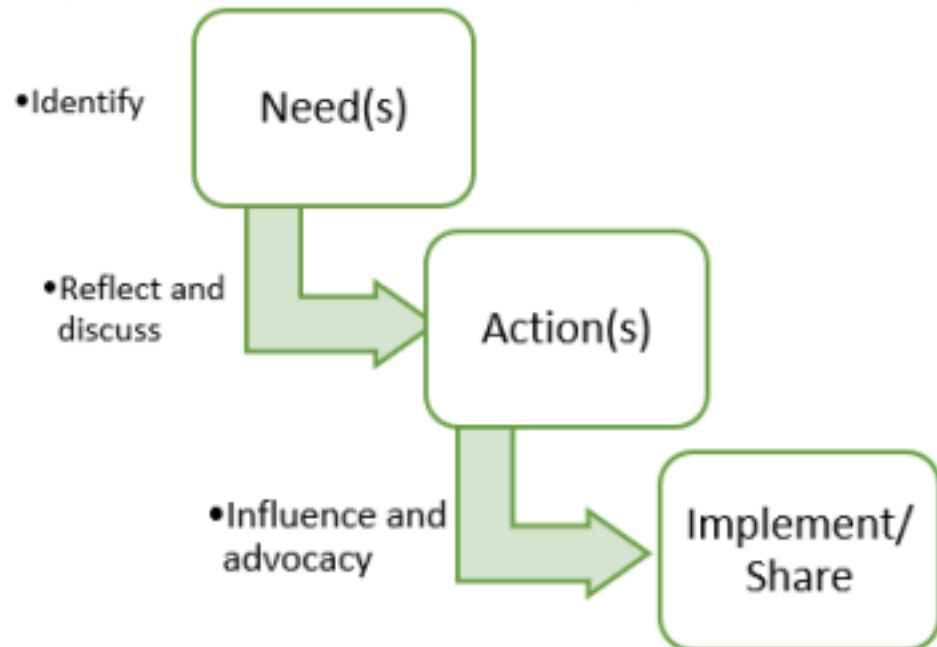
Figure 3. Dimensions/categories of possible task forces



In Abbildung 4 wird beschrieben, wie eine Task Force gegen Gewalt arbeiten könnte, um die beabsichtigten Ergebnisse zu erzielen. Der erste Schritt besteht darin, die wichtigsten Bedürfnisse zu ermitteln, mit denen sich dieses spezialisierte Team befassen soll. Die Task Force sollte von den Mitarbeiter*innen gebildet werden, die für diese Bedürfnisse zuständig sind (wenn z. B. ein dringender Bedarf im Zusammenhang mit Notunterkünften besteht, ist es sehr wichtig, Mitglieder des Personals einzubeziehen, das in den Notunterkünften arbeitet). Sobald der Bedarf ermittelt ist, ist es Aufgabe der Task Force, über mögliche Lösungen und Maßnahmen nachzudenken, die zur Verbesserung der Qualität der Unterstützungsleistungen oder zur Lösung eines bestimmten Problems ergriffen werden können. Diese Maßnahmen sollten mit anderen Mitarbeiter*innen der Frauenschutzeinrichtung erörtert werden, damit das gesamte Personal in die Entscheidungsfindung einbezogen wird. Die letzte Phase der Task Force besteht darin, die Maßnahme(n) umzusetzen oder die Empfehlungen weiterzugeben. Wenn möglich, sollte die Task Force eine Interessenvertretung anstreben, da es wahrscheinlich ist, dass andere Stellen in einer Krisensituation mit denselben oder ähnlichen

Schwierigkeiten konfrontiert sind. Der Austausch mit anderen Organisationen oder Interessensvertretung bei Regierungsmitgliedern oder -stellen kann in einer Notfallsituation für die Verbesserung des nationalen Unterstützungssystems von Bedeutung sein.

Figure 4. Step-by-step of the operation of a Task force against violence



NOTWENDIGE RESSOURCEN

Die wichtigste Ressource für die Einrichtung einer Task Force sind Personalressourcen mit spezialisiertem Wissen. Je multidisziplinärer das Team ist, und je mehr Dienstleistungen darin vertreten sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Diskussionen produktiv sind. Es ist auch sehr wichtig, die relevanten Stakeholder (z. B. Mitglieder von Ministerien und Regierungen) zu ermitteln und sicherzustellen, dass diese Personen bereit sind, sich mit der Task Force zu treffen und die Vorschläge zu diskutieren.

ERWÜNSCHTE RESULTATE

Das gewünschte Gesamtergebnis einer Task Force gegen Gewalt ist - unabhängig von den diskutierten Maßnahmen - die Verbesserung der Unterstützungsleistungen für die Betroffenen und die Gewaltprävention. Bei einer Pandemie wie COVID-19 sollte das Ziel darin bestehen, die

erforderlichen gesundheitlichen Maßnahmen (und die damit verbundenen Einschränkungen) mit den Bedürfnissen der Betroffenen von häuslicher Gewalt in Einklang zu bringen und so umzusetzen.

Im Allgemeinen können die Ziele der Task Force wie folgt aussehen:

- Daten über beobachtete Veränderungen bei der Berichterstattung über häusliche Gewalt diskutieren;
- Die besonderen Herausforderungen, mit denen sich Betroffene und Unterstützungsorganisationen während COVID-19 auseinandersetzen;
- Maßnahmen ermitteln und priorisieren, die die Tätigkeit der Einrichtung stärken;
- Strategien zur Bewältigung geschlechtsspezifischer Gewalt in Krisensituationen entwickeln;
- Supervision der Teams im Bereich Fallmanagement;
- Erstellung eines institutionellen Notfallplans;
- Austausch von Informationen über Richtlinien und Vorgehensweisen innerhalb der Einrichtung;
- Lücken in der Politik, der Gesetzgebung und den Unterstützungsleistungen im Gewaltschutz in Krisenzeiten ermitteln;
- Empfehlungen zu neuen Rechtsvorschriften, Strategien oder Aktionsplänen zur Verbesserung von Dienstleistungen und Unterstützung ausarbeiten;
- Regierungen oder andere Institutionen zu neu aufkommenden Themen beraten bzw. Interessensvertretung in diesen Bereichen.

HERAUSFORDERUNGEN & RISIKEN

Es können sich einige Schwierigkeiten bei der Arbeit einer Task Force ergeben. Die erste Schwierigkeit hängt mit der Ablehnung der vorgeschlagenen Maßnahmen durch die Regierung oder die relevanten Interessengruppen zusammen. In diesen Fällen ist es sehr wichtig, dass die Task Force darauf besteht, am Entscheidungsprozess zu den Maßnahmen teilzunehmen, damit die schlussendliche Maßnahme für die Einrichtung geeignet ist.

Andere Risiken hängen mit der Verfügbarkeit von zuständigen Mitarbeiter*innen für die Treffen zusammen, die bereits mit Fallmanagement überlastet sind. Hier kann vorgeschlagen werden, die regelmäßigen Sitzungen im Voraus zu planen. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass zwischen den Sitzungen eine Notfallsituation eintritt. In diesem Fall könnten zwei oder drei erfahrene Mitarbeiter*innen (aus jedem Bereich) ermittelt werden, um den Notfall am Telefon oder in einer kurzen Sitzung zu besprechen.

REFLEKTIONEN

Eine koordinierte Task Force aus verschiedenen engagierten Akteur*innen bildet eine resistente Allianz gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Strafverfolgungsbehörden, Fachpersonal der Gesundheitsberufe, Sozialarbeiter*innen und andere Akteur*innen bilden eine schlagkräftige Front, und binden ihr Fachwissen nahtlos in die gemeinsame Arbeit ein. Dieses kollaborative Zusammenwirken gewährleistet nicht nur eine rasche, empathische Reaktion auf Gewaltfälle, sondern ist auch ein Zeichen für das gemeinsame Engagement für ein Ende geschlechtsspezifischer Gewalt. Durch unsere gemeinsame Arbeit sind wir stärker in der Unterstützung von Betroffenen, in der Verfolgung von Tätern und im Einsatz für einen dauerhaften gesellschaftlichen Wandel. Diese einheitliche Front ist nicht nur eine Reaktion, sondern eine starke Erklärung, die geschlechtsspezifische Gewalt verurteilt und unser unerschütterliches Engagement für eine Welt frei von Leid, Angst und Ungleichheit unterstreicht.

DIGITALE DIMENSIONEN VON GEWALT

Digitale Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen müssen im breiteren Rahmen des Phänomens Gewalt gegen Frauen kontextualisiert werden. Während der Einsatz von Technologie die Dynamik, den Raum und die Umstände von Gewalt verändert, sollte sie als eine Kontinuität der verschiedenen Formen geschlechterspezifischer Gewalt betrachtet werden, die die Erfahrungen von Frauen und Mädchen beeinflusst und verschärft. Tatsächlich schließen sich Online- und Offline-Gewalt nicht gegenseitig aus, sondern überschneiden sich häufig. Leider wird technologiegestützte geschlechtsspezifische Gewalt häufig als weniger schädlich angesehen. Daher wird sie möglicherweise weniger ernst

genommen und erhält weniger Aufmerksamkeit. Deswegen ist es wichtig, dieses Phänomen nicht als isoliertes Problem zu betrachten, sondern ganzheitlich und im Zusammenhang mit anderen Formen der Gewalt gegen Frauen - auf theoretischer Ebene sowie auf politischer und operativer Ebene.

Digitale Formen der geschlechtsspezifischen Gewalt umfassen jegliche Gewalttat gegen Frauen und Mädchen, die ganz oder teilweise mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) begangen, unterstützt oder verschärft wird. Zu diesen IKT gehören u.a. Mobiltelefone und Smartphones, das Internet, Social-Media-Plattformen oder E-Mail, Ortungsgeräte und -programme, Drohnen und nicht mit dem Internet verbundene Aufnahmegeräte sowie künstliche Intelligenz (KI). Am häufigsten verwenden Täter solche Technologie zur Einschüchterung, Belästigung, Ausbeutung, Missbrauch, Stalking, Drohungen und Erpressung. Diese Gewaltformen können alle im digitalen Raum stattfinden, bzw. können technische Geräte die Bedingungen für die Gewalt schaffen.

Digitale Formen der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen sind kein neues Phänomen; die Fälle haben jedoch in den letzten Jahren weltweit zugenommen. Dieser Trend ist das Ergebnis mehrerer sich überschneidender Faktoren, darunter die Tatsache, dass Frauen zunehmend Zugang zu Technologie, Online-Plattformen und gemeinsam genutzten digitalen Räumen haben, sowie der Umstand, dass Frauen diese Räume zunehmend für öffentliche Zwecke nutzen, z. B. für berufliche Tätigkeiten, Eigenwerbung, Freiberuflichkeit, Interessenvertretung oder Online-Aktivismus. Der Ausbruch der COVID-19 Pandemie im Jahr 2020 verstärkte das Phänomen der digitalen Gewalt und führte zu einem erheblichen Anstieg der Internetnutzung da sich persönliche face-to-face Interaktion auf online Interaktionen verschoben und Menschen stärker von Technologie abhängig waren (50-70%). Das erhöhte die Vulnerabilität der Frauen für digitale Gewalt weiter.

Der Zugang von Frauen zu Technologie und ihre Teilhabe an digitalen Räumen ist zwar ein positiver Trend, der mit dem weiter gefassten Ziel der Geschlechtergleichstellung gefördert werden sollte, doch das kann nur erreicht werden, wenn die Sicherheit von öffentlichen digitalen Räumen für alle Frauen gewährleistet ist. Je mehr Frauen in der digitalen Öffentlichkeit präsent sind,

desto eher sind sie digitalen Formen von Gewalt und Missbrauch ausgesetzt, wenn keine Maßnahmen zur Bekämpfung bzw. Prävention dieser Risiken ergriffen werden.

MERKMALE VON DIGITALER GEWALT

Formen von digitaler Gewalt sind so vielfältig wie geschlechterspezifische Gewalt gegen Frauen, die offline stattfindet. Die Täter können im Alltag der Betroffenen involviert sein - z. B. Partner oder Ex-Partner - oder sie können völlige Fremde sein. Eine in Brasilien durchgeführte Studie aus dem Jahr 2018 zeigte beispielsweise, dass die Mehrheit der Täter derzeitige Partner oder Ex-Partner waren. Die Betroffenen können aus allen demographischen Gruppen stammen, die gewalttätigen Vorfälle können isoliert oder wiederholt und in sehr unterschiedlichen Kontexten stattfinden. Dennoch unterscheidet sich digitale Gewalt in einigen Punkten von offline Gewalt: Sie kann von überall aus begangen werden und Täter können völlig anonym sein, wodurch eine Identifikation häufig schwierig ist. Digitale Gewalt kann wiederholt und systematisch ausgeführt werden, sodass eine konstante Bedrohung besteht, und kann sogar mehrere Täter involvieren. Außerdem kann sie öffentlich geschehen und so den Schaden vervielfachen, da es meist schwierig ist, schädliche Online-Inhalte wieder zu entfernen.

Man kann zwischen 4 Kategorien von Gewalt, die IKT nutzt, unterscheiden:

1. Formen von Belästigung, Gewalt und Missbrauch die durch die Nutzung von spezifischen Technologien oder Geräten ermöglicht werden (z.B. Partnergewalt, bei der Spyware oder andere Technologie verwendet wird, um den Aufenthaltsort der Betroffenen zu verfolgen);
2. Gewalt, die online stattfindet oder online verschärft wird (z.B. sexuelle Gewalt/sexueller Missbrauch über Bildmaterial, das ohne Einverständnis geteilt wird);
3. Fälle, in denen Technologie neue Formen von Gewalt erzeugt (z.B. Deepfake Pornografie; oder Missbrauch von digitalen Identitäten);
4. und Fälle, in denen das technologische Umfeld genutzt wird, um Gewalt und Missbrauch zu ermöglichen

Unter diesen (sich teilweise überschneidenden) Kategorien können mehrere spezifische Gewaltformen ausgemacht werden. So kann beispielsweise sexuelle Belästigung und Gewalt im Internet (gemäß der Definition von sexueller Gewalt in der Istanbul-Konvention) mehrere spezifische Formen umfassen, wie z. B.:

- nicht einvernehmliche Weitergabe von Bildern oder Videos (die nicht einvernehmliche Weitergabe von Nacktbildern oder anderen sexuellen Aufnahmen einer Person oder die Androhung einer solchen Weitergabe);
- die nicht einvernehmliche Aufnahme, Herstellung oder Beschaffung von intimen Bildern oder Videos (dazu zählen "Upskirting"¹ und "Creepshots"²;
- aber auch digital veränderte Bilder, bei denen das Gesicht oder der Körper einer Person in ein pornografisches Foto oder Video eingefügt wird, sogenannte "Fake-Pornografie", oder auch Deepfakes, bei denen nicht-reale Bilder mithilfe künstlicher Intelligenz erstellt werden);
- Ausbeutung, Nötigung und Drohungen (z. B. erzwungenes Sexting, sexuelle Erpressung, Vergewaltigungsdrohungen, sexualisiertes/ geschlechtsspezifisches Doxing, das Sich-Ausgeben als eine andere Person und sexualisiertes Mobbing);
- Cyberflashing (Versenden von unerwünschten sexuellen Bildern über Dating- oder Nachrichtenapps, SMS, Airdrop oder Bluetooth).

Andere Formen dieser Gewalt sind Cyberstalking und Stalking über verschiedene Technologien, wie z. B.:

- Verbale Angriffe im digitalen Raum, einschließlich Drohungen (sexueller, finanzieller, körperlicher oder psychologischer Art);
- Rufschädigung;
- Überwachung und Sammlung von privaten Daten über die betroffene Person, Identitätsdiebstahl;
- Aufforderung zum Sex;
- sich als das Opfer ausgeben;
- Belästigung mit Mithelfern, um die betroffene Person zu isolieren.

Zu solchen Praktiken gehört in der Regel, dass der Täter die sozialen Medien, Nachrichtenplattformen, E-Mails und das Telefon der Betroffenen

¹ *Upskirting* bezeichnet das heimliche Aufnehmen von Fotos oder Videos, bei denen Menschen unter den Rock geblickt wird.

² *Creepshots* bezeichnen Bilder, die ohne das Wissen der abgebildeten Person aufgenommen werden, und sich häufig auf Hüften, Ausschnitt oder Gesäß konzentrieren.

überwacht, dass er Passwörter stiehlt oder das Handy und andere Geräte hackt, dass er Spyware oder Apps zur Geolokalisierung installiert, oder sich durch Diebstahl der digitalen Geräte Zugang zur Privatsphäre der Betroffenen verschafft. Die Täter können auch die digitale Identität der betroffenen Person annehmen. Zudem können sie Betroffene überwachen und kontrollieren, indem sie das Internet der Dinge (engl. Internet of Things, IoT) benutzen (z.B. intelligente Haushaltsgeräte).

Die digitalen Dimensionen der psychischen Gewalt schließlich umfassen eine Reihe von Verhaltensweisen, wie z. B.:

- Häusliche Gewalt mit Hilfe digitaler Mittel, z.B. Besitz intimer Bilder der Betroffenen und der Einsatz von Technologie, um den Aufenthaltsort der Betroffenen zu verfolgen;
- Einzelne Gewalttaten, die nicht strafbar sind, können in Verbindung mit Mob-Mentalität und der durch das Internet ermöglichten Wiederholung die Schwelle zur psychischen Gewalt erreichen: Ein Witz oder eine hämische Bemerkung kann zu Cybermobbing eskalieren, wenn sie wiederholt oder von einer großen Zahl von Personen gemacht wird;
- Einschüchterung, Bedrohung, Beleidigung, Beschämung und Diffamierung (oft mit Überschneidungen zur Hassrede);
- Finanzielle Gewalt (Kontrolle des Bankkontos oder Überwachung der Ausgaben durch Online-Banking).

Es ist erwähnenswert, dass es in einigen Fällen Dritte sind, die die Voraussetzungen für digitale Gewalt schaffen (z.B. Werbung für illegale, unzulässige oder schädliche Dienste im Internet).

HÄUFIGKEIT UND AUSWIRKUNGEN VON DIGITALER GEWALT

Schätzungen zufolge haben fast drei Viertel aller Frauen eine Form von digitaler Gewalt erlebt. Die vorhandenen Schätzungen und Daten geben jedoch möglicherweise nicht das wahre Ausmaß des Phänomens wieder, da viele Fälle aufgrund persönlicher Faktoren (Scham, Angst vor Vergeltung, finanzielle Abhängigkeit) und gesellschaftlicher Faktoren (unausgewogene Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, Privatsphäre der Familie, Täter-Opfer-Umkehr) nicht gemeldet werden. Darüber hinaus sind sich viele Frauen möglicherweise nicht bewusst, dass digitale Gewalt gegen sie ausgeübt

wird (sie wissen beispielsweise nicht, dass ihre intimen Bilder online geteilt werden). Wie bereits erwähnt, können alle Frauen dem Risiko von Gewalt im digitalen Raum ausgesetzt sein. Es gibt jedoch bestimmte Gruppen, die einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, wie z. B. Frauen im öffentlichen Leben, wie in der Politik, im Journalismus, im Aktivismus und im juristischen Bereich. Dazu zählen besonders Frauen, die sich aktiv in der Politik, für eine Gleichstellung der Geschlechter und Menschenrechte oder in der Klimagerechtigkeit engagieren. Frauen, die mehrfache und/oder sich überschneidende Diskriminierung und Unterdrückung erfahren, sind ebenfalls einem erhöhten Risiko ausgesetzt und unverhältnismäßig stark betroffen, da digitale Formen der Gewalt unter anderem durch Faktoren wie Behinderung, sexuelle Orientierung, politische Zugehörigkeit, Religion, soziale Herkunft, Migrationsstatus oder öffentliche Bekanntheit verschärft werden können. Es ist daher wichtig, bei digitaler Gewalt eine intersektionale Perspektive einzunehmen, um angemessene rechtliche und politische Reaktionen zu gewährleisten und den Zugang zu Schutz und Hilfe zu ermöglichen. Junge Mädchen können auch ein erhöhtes Risiko für digitale Formen von Gewalt aufweisen, einschließlich Online-Grooming und „Catfishing“³. Sie nutzen verschiedene Technologien und soziale Medien häufig schon in jungen Jahren, digitale Räume und Online-Umfelder sind weitgehend unreguliert und es gibt keine angemessene digitale Bildung und Unterstützung durch Erwachsene.

Digitale Gewalt kann schwerwiegende psychische und körperliche Auswirkungen auf Frauen und Mädchen haben. Zu den Folgen können psychische und geistige Auswirkungen zählen, darunter chronischer Stress, Paranoia, Depressionen und Angstzustände, öffentliche Scham, Schuldgefühle und Selbstvorwürfe sowie das Gefühl, die Kontrolle zu verlieren. Solche psychologischen Auswirkungen können zu selbstverletzendem Verhalten oder Selbstmord führen. Sie können sich auch auf die finanzielle Situation und die Unabhängigkeit auswirken, u. a. durch den Verlust des Arbeitsplatzes, den Verzicht auf Internetnutzung, die Beeinträchtigung der Kreditwürdigkeit und die Unmöglichkeit, finanzielle Ressourcen zu kontrollieren bzw. der Verlust solcher Ressourcen.

MASSNAHMEN FÜR DIE INTEGRATION VON DIGITALER GEWALT IN

³ *Catfishing* bezeichnet eine Betrugsmasche, bei der jemand eine gefälschte Online-Identität erstellt und sie dazu nutzt, um im Internet Beziehungen zu anderen Menschen aufzubauen

UNTERSTÜTZUNGSDIENSTLEISTUNGEN

Wie bereits erwähnt, ist digitale Gewalt ein komplexes und vielschichtiges Phänomen, das strukturellen Ungleichheiten und der Diskriminierung von Frauen entspringt.

Frauenschutzeinrichtungen spielen eine wichtige Rolle im Umgang mit digitaler Gewalt und bieten den betroffenen Frauen und Mädchen spezielle Unterstützung. Insbesondere während der COVID-19 Pandemie mussten diese Organisationen ihre Unterstützungsmodelle anpassen, um Elemente von digitaler Gewalt, die mit Zwangskontrolle und anderen Merkmalen häuslicher Gewalt verknüpft sind, zu berücksichtigen.

Innerhalb der direkten Unterstützung von Betroffenen/Überlebenden von digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen können folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

Bereitstellung von Informationen

Die Frauenschutzeinrichtung kann spezielle Informationskanäle für Frauen und Mädchen einrichten, die über die Erscheinungsformen digitaler Gewalt, die zuständigen Meldestellen sowie über verfügbare Unterstützung und Hilfe informieren. Die meisten Frauen wissen nicht, was digitale Gewalt ist, wie sie sich äußert und auswirkt, an wen sie sich wenden und wie sie Unterstützung erhalten können. Diese Informationen müssen umfassend, kulturell angemessen, sicher verfügbar und zugänglich sein.

Beispiele und Ressourcen für die Bereitstellung von Informationen über digitale Gewalt:

- ♦ Die Website des E-Safety Commissioner der australischen Regierung bietet Informationen über verschiedene Formen des Online-Missbrauchs, die sich gegen Frauen richten; häufig gestellte Fragen; verfügbare Rechtshilfe; Links zu einschlägigen Forschungsergebnissen; Ratschläge zur Entfernung von Inhalten, einschließlich Bildern und Videos; zur Meldung von Inhalten in sozialen Medien oder auf Websites; sowie zu Unterstützungsmöglichkeiten durch die Polizei und Informationen für Familie und Freunde. Außerdem gibt es ein Portal für die Meldung von Cybermobbing, auf Bildern basierte sexuelle Gewalt und sexuellem Kindesmissbrauch und die Möglichkeit, Hilfe über e-Safety in Anspruch

zu nehmen.

- ♦ Die Initiative Cyber Civil Rights Without My Consent bietet Informationen über Online-Belästigung, darunter ein Leitfaden mit dem Titel „Something Can be Done“.
- ♦ Der YWCA Kanada hat Informationspakete über bildbasierte sexuelle Gewalt für heranwachsende Mädchen und junge Frauen entwickelt, um die gesetzlichen Rechte zu erläutern, wie man IBSA meldet und wo man Unterstützung erhält.

Quelle: GBV AoR Helpdesk, Lernreihe zu technologiegestützter geschlechtsspezifischer Gewalt, Lernunterlagen #2

Meldemechanismen einrichten

Frauenschutzeinrichtungen können Mechanismen und Tools einrichten, um sicherzustellen, dass Frauen digitale Gewalt melden und sicher und anonym Unterstützung erhalten. Solche Ressourcen haben noch größere Auswirkungen in Kontexten, in denen es keine wirksamen gesetzlichen oder institutionellen Maßnahmen gegen digitale Gewalt gibt. Hier sind Frauenschutzeinrichtungen und ähnliche Stellen die einzige Unterstützung für Betroffene. Beispiele: Unterstützung durch digitale Hotlines, Apps.

Beispiele und Ressourcen für die Einrichtung von Meldemechanismen und Helplines für digitale Gewalt:

- ♦ Die pakistanische Stiftung Digital Rights Foundation Cyber Harassment Helpline bietet Opfern von digitaler Gewalt kostenlose und vertrauliche Rechtsberatung, Unterstützung bei der digitalen Sicherheit, psychologische Beratung und leitet Betroffene an andere Stellen weiter.
- ♦ Die britische Revenge Porn Helpline bietet einen Service über Telefon, E-Mail und Internet für Betroffene und die Fachleute, die sie unterstützen. Die Helpline bietet vorurteilsfreie und vertrauliche Beratung, Hilfe beim Melden und Entfernen von Inhalten, Beratung zu sozialen Medien, Meldung bei der Polizei und Rechtsberatung.
- ♦ INHOPE (International Association of Internet Hotlines) ist ein Netz von Verbänden, das sich auf kriminelle Inhalte und Aktivitäten konzentriert, insbesondere auf Material von sexuellem Kindesmissbrauch, Online-

Integration von digitaler Gewalt in das Fallmanagement

Es ist wichtig, dass Frauenschutzorganisationen den Umgang mit digitaler Gewalt in bestehende Fallmanagement-Prozesse und -Praktiken aufnehmen. Nur so können das Phänomen umfassend bewältigt und die verschiedenen Aspekte in die Sicherheitsplanung und das Risikomanagement integriert werden. Es können die folgenden Schritte unternommen werden:

- Das Risikomanagement sollte auf allen Stufen erfolgen, nicht nur kurz vor der Eskalation. Auch niedrige und mittlere Risiken sollten bewertet und behandelt werden. Das ist gerade aufgrund der kontinuierlichen Natur häuslicher Gewalt wichtig, die mit digitalen Formen koexistieren oder interagieren kann.
- Die Risikobewertung sollte als Teil eines umfassenderen, mehrere Stellen einbeziehenden Mechanismus gedacht sein, der darauf abzielt, die Opfer vor weiterer Gewalt zu schützen und gleichzeitig gerichtliche/polizeiliche Schutzanordnungen zu erlassen (Wegweisungen, Betretungs- und Annäherungsverbote, usw.). In diesem Zusammenhang kann es nützlich sein, individuelle Sicherheitspläne zu erstellen.
- Bei der Bearbeitung eines Falles sollten die Fachleute nicht nur den einzelnen Vorfall digitaler Gewalt betrachten, sondern das Gesamtbild der Gewalt in den Blick nehmen.
- In den Protokollen sollten Listen enthalten sein, die die mit der für die Strafverfolgung zu sammelnden Beweisen auflisten. Auch diesbezügliche Warnungen sollten ausgesprochen werden: Wenn die Umstände eine sichere Beweiserhebung nicht zulassen, sollte sie nicht durchgeführt werden.
- Listen mit Warnzeichen für digitale Gewalt sollten in das Fallmanagement aufgenommen werden.

Beispiele und Ressourcen für die Integration von digitaler Gewalt in das Fallmanagement:

WESNET verfügt über eine Reihe von Ressourcen, um Mitarbeiter*innen im Gewaltschutz an vorderster Front zu unterstützen, Informationen zu digitaler Gewalt bereit zu stellen und Betroffene zu unterstützen. Dazu gehören:

[Bin ich von digitaler Gewalt betroffen?](#)

[Technologie-Sicherheitsplan](#)

[Tipps für die Dokumentation von digitaler Gewalt und Stalking](#)

[Digitale Gewalt und Datenschutzfragen einschätzen](#)

[Umgang mit belästigenden Anrufen, SMS und Nachrichten](#)

[10 einfache Schritte, um Privatsphäre zu maximieren](#)

[Protokoll für Stalking und technologiegestützte Gewalt](#)

Safe Ireland hat eine [Broschüre](#) herausgegeben, die Sozialarbeiter*innen und Netzwerken helfen soll, Warnzeichen von digitaler Gewalt und Formen von Online-Gewalt zu erkennen.

Unterstützung bei der Entfernung missbräuchlicher Inhalte und beim Schutz vor weiterer Gewalt

Viele Betroffene haben hauptsächlich das Bedürfnis, dass die Gewalt ein Ende nimmt und dass missbräuchliche Inhalte und Bilder entfernt werden. Frauenschutzeinrichtungen können Informationen und Hilfe anbieten, damit Betroffene das Risiko für weitere Gewalt verringern können, und sie können dabei unterstützen, missbräuchliche Inhalte und Bilder zu entfernen. Zu den Ansätzen für die Entfernung von Inhalten, Verbesserung des Schutzes und Vermeidung weiterer Gewalt gehören:

- Technische Beratung und Unterstützung für Betroffene zur Verbesserung ihrer digitalen Sicherheit und ihres Datenschutzes. Dazu gehört auch Unterstützung beim Löschen von Anwendungen und Software, die zur Überwachung und Kontrolle eingesetzt werden, den Browserverlauf löschen, Datenschutz- und Standorteinstellungen ändern und die Passwortverwaltung.
- Betroffene dabei unterstützen, online Meldetools zu verwenden, die Unternehmen und Websites auffordern, missbräuchliche Inhalte zu entfernen. Social Media Plattformen verfügen in der Regel über Richtlinien zur Entfernung von Inhalten und Mechanismen zur Meldung unangemessener Inhalte, die auch die Aufforderung zur Entfernung beinhalten. Diese Richtlinien können zwar wirksam sein, sind aber nicht immer einfach zu handhaben. Wenn ein Bild oder ein anderer Inhalt nicht gegen die Richtlinien verstößt, kann es schwierig sein, ihn entfernen zu lassen.
- Auf regionaler oder nationaler Ebene eine direkte Kommunikation mit Social Media

Plattformen aufbauen und so im Namen der Betroffenen zur Entfernung von Inhalten auffordern. Bei einigen Social Media Plattformen muss die betroffene Person selbst die Entfernung von Inhalten beantragen; in diesem Fall bieten die Einrichtungen dafür eine Anleitung an.

- Beauftragung von Expert*innen für die Entfernung von Online-Inhalten, um so unerwünschte oder beleidigende Inhalte zu löschen. Es gibt Einzelpersonen und Unternehmen, die Online-Inhalte auf Honorarbasis entfernen. Diese Dienste sind für Betroffene in der Regel nicht leistbar, aber diese Kosten können in die Budgets einiger Einrichtungen inkludiert werden.

Wo immer verfügbar, können IT-Expert*innen technische Ausrüstung beschaffen und bei Bedarf eine digitale Infrastruktur aufbauen, mit dem Ziel, den Betroffenen bei der Entfernung von Inhalten zu helfen. Diese Aufgabe kann komplex sein und setzt spezielles technologisches Fachwissen voraus. Wenn keine Expert*innen eingestellt werden können, sollten die Mitarbeiter*innen der Frauenschutzeinrichtung geschult werden, um bei der Entfernung von Inhalten zu helfen.

Beispiele und Ressourcen, die Betroffenen helfen, Inhalte zu entfernen

und sich vor weiterem Missbrauch zu schützen:

- Das Data Detox Kit von TacticalTech ist ein Toolkit, das digitale Sicherheit fördern soll.
- Das Safety Toolkit von TechSafety bietet Anleitungen und Links zu Werkzeugen für die Verbesserung der digitalen Sicherheit und für den Schutz der Privatsphäre von Frauen und Mädchen und ist auf Englisch und Spanisch verfügbar.
- Cyber Civil Rights bietet einen Online-Leitfaden zur Entfernung von Inhalten und verweist Betroffene auch an einen kostenlosen Dienst, der bei der Entfernung privater Bilder, Videos und anderer Inhalte unterstützt.
- TakeBacktheTech bietet Informationen und Anleitungen für Betroffene zum Schutz vor Online-Stalking, Online-Erpressung und Hassrede.
- Der Leitfaden zur Onlinesicherheit von Chayn wurde zur Unterstützung von Betroffenen von Partnergewalt und Stalking verfasst, ist jedoch auch auf andere Formen von digitaler geschlechterspezifischer Gewalt anwendbar.
- Cornell Tech betreibt eine Computer Security Clinic für Betroffene von Partnergewalt, in der geschulte Freiwillige individuell mit Klient*innen arbeiten, um deren Sicherheit zu verbessern und den Missbrauch von bzw. über Technologien zu verringern. Sie bieten auch eine Reihe von

Anleitungen zur Unterstützung von Betroffenen an, die von technologiebezogener Gewalt und Missbrauch betroffen sind.

- ♦ Die Website Cyber Rights bietet detaillierte Ratschläge zu den Richtlinien und Meldemechanismen zahlreicher sozialer Medienplattformen für bildbasierte sexuelle Gewalt.
- ♦ Der E-Safety Leitfaden der australischen Regierung bietet spezifische Informationen zu verschiedenen Plattformen und sozialen Medien und den zugrunde liegenden Meldemechanismen.

Psychologische Unterstützung und Entlastung

Wie bereits dargelegt, kann digitale Gewalt schwerwiegende Folgen für die psychische Gesundheit einer Person haben und erfordert daher besondere Unterstützung. Was Frauenschutzeinrichtungen in dieser Hinsicht tun können:

- Mitarbeiter*innen darin ausbilden, über nicht wertende Einstellung und Verhalten eine Täter-Opfer-Umkehr zu vermeiden. Sie mit Kenntnissen, Einstellungen und Fähigkeiten ausstatten, um Gefühle von Angst oder Hilflosigkeit sowie weitere Auswirkungen bei Betroffenen anzusprechen und zu validieren.
- Die Fähigkeit des Fachpersonals verbessern, Risikofaktoren für mit digitaler Gewalt verbundene Risiken zu erkennen (Selbstverletzung, Gewalttaten in Verbindung mit verletzter Ehre).
- Angebot von psychologischer Beratung, die so weit wie möglich auf die Erfahrungen mit digitaler Gewalt zugeschnitten ist; außerdem ein Vermittlungssystem an lokale Netzwerke professioneller Berater*innen entwickeln, die Erfahrung in der Unterstützung bei Fällen von digitaler Gewalt haben.
- Ein anonymes und sicheres Online-Forum für Betroffene, in dem sie sich mit anderen Betroffenen über ihre Erfahrungen und Bewältigungsstrategien austauschen können, kann für einige Überlebende hilfreich sein. Jede Plattform für online Peer-Support muss sorgfältig verwaltet und von einer Person moderiert werden, die darin geschult ist, die Gruppendynamik zu steuern und angemessene Unterstützung zu leisten. Dazu gehören auch Interventionen, wenn ein Mitglied

Selbstverletzungs- oder Selbstmordgedanken äußert. Es ist wichtig, dass solche Dienste die Verschwiegenheit und Sicherheit der Überlebenden gewährleisten können.

Beispiele und Ressourcen für die Unterstützung von Überlebenden:

- YWCA Kanada unterstützt von digitaler Gewalt betroffene Mädchen unterstützt, sowie Eltern, Lehrer*innen, soziale Dienste, Polizei und IKT-Fachleute. Es bietet praktische Tipps für eine mitfühlende und nicht wertende Unterstützung.
- HeartMob ist eine Website, auf der Persone, die online belästigt werden, Unterstützung von anderen erhalten können, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben.
- TechSafety bietet Informationen zur Leitung von Online-Selbsthilfegruppen für Betroffene.
- Bloom ist eine kostenlose, webbasierte Selbsthilfegruppe für Überlebenden von häuslicher Gewalt und für alle Betroffenen von geschlechterspezifischer Gewalt. Die von Chayn-Freiwilligen geleitete Gruppe zielt darauf ab, das Setting einer physischen Gruppe (Vertrauen, Dialog, Vertraulichkeit) auch online herzustellen. Jede Gruppe bietet täglich Tipps, Tricks, Tools und tröstende Worte. In Kursen zwischen 4 Wochen und 2 Monaten lernen die Betroffenen reflektieren, erledigen Hausaufgaben und verarbeiten das Erlebte in einem sicheren Raum. Die Inhalte und Methoden wurden von Traumatherapeut*innen und führenden Expert*innen auf diesem Gebiet bestätigt. Der Maru-Chatbot unterstützt Menschen, die online belästigt werden, dies miterleben oder dagegen ankämpfen, durch Ratschläge und Ressourcen von Expert*innen und Aktivist*innen. Die Nutzer*innen können mehr über Online-Belästigung erfahren, Wege, sich zu schützen, wie sie reagieren können und Meldetools, oder wie sie andere unterstützen können, die davon betroffen sind.

Präventionsstrategien

Neben der direkten Unterstützung können Frauenschutzorganisationen auch Präventions- und Sensibilisierungsarbeit leisten, die zu langfristigen Veränderungen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene beitragen. Dazu gehören:

- Präventive Maßnahmen wie Programme zur Geschlechtergleichstellung und Initiativen zur Förderung der digitalen Kompetenz (GREVIO 2021; IACHR 2019);
- Sich für Gesetze einsetzen, die digitale Gewalt unter Strafe stellen, um die herrschende Kultur der Straflosigkeit zu bekämpfen;
- Sich dafür einsetzen, dass private Internetplattformen bei der Ermöglichung von Formen von digitaler Gewalt zur Verantwortung gezogen werden;
- Schulung von Fachkräften (z.B. in der Polizei oder in der Justiz), die direkt mit Betroffenen digitaler Gewalt arbeiten, das Phänomen besser zu verstehen, die unterschiedlichen Bedürfnisse der Betroffenen zu erkennen und eine wiederholte Viktimisierung oder Retraumatisierung zu verhindern. Außerdem die Förderung der behördenübergreifenden Koordination;
- Sensibilisierung und Förderung des öffentlichen Dialogs sowohl online als auch offline; Informationen für bestimmte Zielgruppen entwickeln und verbreiten (junge Menschen, Eltern und Lehrer)
- Sammlung und Analyse von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten und Veröffentlichung von Berichten.

-
-

Beispiele und Ressourcen für die Präventionsarbeit

- Das Projekt C.A.R.E - Combating (online) Abuse through Research and Education (Bekämpfung von (Online-)Missbrauch durch Forschung und Bildung) umfasst eine Sensibilisierungskampagne über die Auswirkungen von digitaler Gewalt auf Frauen und Mädchen und will das Bewusstsein für digitale Gewalt in Barbados und den gemeinschaftlichen Dialog stärken. In Palästina führt dieselbe Organisation Aufklärungsveranstaltungen für Schüler*innen der Sekundarstufe durch.
- FriedensFrauen Weltweit und die palästinensische NGO Women and Media Development führen gemeinsam das Projekt To be safe durch, mit dem Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen in palästinensischen Schulen befähigt werden sollen, Betroffene von digitaler Gewalt zu unterstützen, und Schüler*innen Kenntnisse über den Schutz ihrer digitalen Privatsphäre und Sicherheit zu vermitteln. Das Projekt umfasst auch einen Plan für Schüler*innen, um über Initiativen ihre Mitschüler*innen weiter zu sensibilisieren.
- Die Online-Aufklärungsressourcen von Webwise Ireland zum Thema auf Bildern basierende sexuelle Gewalt umfassen kostenlose Unterrichtsressourcen für Schulen und Jugendliche, darunter eine Videokampagne, Fakten über Sexting und was zu tun ist, wenn ein Bild ohne Erlaubnis geteilt wird. Es sind auch Ressourcen für Eltern inkludiert.
- Das Toolkit von Cybersafe richtet sich an Lehrkräfte und andere Fachleute, die mit jungen Menschen arbeiten und das Thema Online-

Gewalt gegen Frauen und Mädchen, einschließlich sexueller Belästigung im Internet und Sicherheit online, im Klassenzimmer oder in anderen Kontexten behandeln wollen. Das Toolkit enthält Materialien für vier Workshops zu den Themen Nicht Einvernehmliche Weitergabe sexueller Bilder; Ausbeutung, Nötigung und Bedrohung; sexualisiertes Mobbing; und unerwünschte Sexualisierung. Außerdem stellt es ein Online-Tool bereit, das zu Diskussionen und Rollenspielen anregt, und einen Leitfaden mit praktischen Informationen für Moderator*innen.

- YWCA Kanada hat ein Paket für die Unterstützung von Mädchen mit digitaler Gewalterfahrung entwickelt, und richtet sich an Eltern, Lehrpersonal, soziale Dienste, Polizei und IKT-Fachleuten. Es enthält praktische Tipps für eine mitfühlende und nicht wertende Unterstützung.

ONLINE ANGEBOTE

Die COVID-19 Pandemie und nationale Lockdowns brachten einen neuen Bedarf für online Dienstleistungen. Live-Chats gehören zu den asynchronen Kommunikationsarten, die auf modernen Technologien basieren und Unterstützung und Beratung anbieten. (Castelnuovo, Gaggioli, Mantovani, & Riva, 2003-6). Die Pandemie erschwerte Betroffenen die Kommunikation über nationale Helplines mit Gewaltschutzzentren, Frauenschutzeinrichtungen und Frauenhäusern, da sie gezwungen waren, zuhause zu bleiben. Es entspricht einem gesamtgesellschaftlichen Trend, dass Informationen und Unterstützung immer häufiger online in Anspruch genommen werden. Solche Angebote führen zu einer erhöhten Inanspruchnahme an Beratungsmöglichkeiten, verstärken das Sicherheitsgefühl und motivieren, Informationen zu teilen; vor allem von Trauma und Gewalt betroffene Gruppen scheinen hier gute Ergebnisse zu erzielen (Newman, Szkodny, Llera, & Przeworski, 2011; Richards & Ritsarntson, 2012-6).

Erstens handelt es sich, sofern die Verbindung geschützt ist, um eine vergleichsweise sichere Kommunikationsform, da das Gespräch mit psychologisch ausgebildeten Fachkräften stattfindet. Zweitens kann dem Gesprächsbedarf der Betroffenen sofort nachgekommen werden, und das

Bedürfnis nach Unterstützung, Beratung und Empowerment wird in Echtzeit erfüllt. Weiters braucht man für den Zugang nur ein Handy mit einem Internetzugang. Der Live-Chat gab Betroffenen also die Möglichkeit, Hilfe zu suchen und dabei zu vermeiden, dass der Täter das wahrnimmt.

Für SPAVO/APHVF wurde das Angebot eines Live Chats bald notwendig, da sich viele Vorteile ergeben, die auch in der Forschung Erwähnung finden (Cook και Doyle, 2002; Mallen et.al., 2003; Rochlen Land & Wong, 2004).

Der Live-Chat überbrückt die Distanzen zwischen der Organisation und den Betroffenen und nimmt auf sozio-demographische Merkmale Bezug. Er ermöglicht außerdem einen Hilfskanal für behinderte Betroffene, z.B. mit Seh- und Hörbehinderung oder Sprechschwierigkeiten. Zudem ist auf diese Art Hilfe für Jugendliche und Kinder einfacher zugänglich, da ihnen das Medium vertraut ist. Der Live-Chat bietet Personen Hilfe an, für die es aus irgend einem Grund gefährlich ist, über das Telefon zu kommunizieren, und er ist eine Möglichkeit für sofortige Intervention in kritischen Situationen. Generell verbessert das Angebot den Zugang zu Hilfsdiensten und erleichtert den Informationsaustausch durch Distanz und Anonymität. Er hilft auch Betroffenen, denen es schwerfällt, sich in Gesprächen auszudrücken, und mobilisiert Einzelpersonen durch Zugang zu Unterstützung.

Unser theoretischer Rahmen für die Arbeit mit Gewaltbetroffenen legt den Fokus auf einen feministischen Zugang, der Gewalt als ein Resultat patriarchaler Gesellschaftsstrukturen konzeptualisiert, aufgrund derer Männer sich berechtigt fühlen, Frauen zu kontrollieren. Hier wird der Schwerpunkt auf das Empowerment der Frau durch eine gleichgestellte und kollaborative therapeutische Beziehung gelegt. Der Empowerment-Prozess dreht sich um die Stärkung des Selbstwertgefühls und persönlicher Glaubenssätze, besseres Funktionieren im Alltag, verstärkte Selbstfürsorge das Erlernen neuer Bewältigungsstrategien. Das Ziel dieser Intervention besteht darin, dass Betroffene etwas gegen die Gewalt unternehmen und in der Lage sind, die Situation zu bewältigen und zu überwinden. (Brown, 1994; Enns, 2004).

LIVE-CHAT ANGEBOTE

Dieser Abschnitt behandelt das von SPAVO/APHVF erprobte Interventionsmodell über ein Live-Chat Angebot. Der Live-Chat von APHVF/SPAVO ist über die

Website der Organisation zugänglich (<https://domviolence.org.cy/en/>). Der Chat ist rund um die Uhr verfügbar, wie auch alle anderen Angebote der Organisation. Beim Aufrufen der Website taucht die Chat-Option auf, mit einer automatischen Nachricht, die Besucher*innen über Datenschutz und Verschwiegenheit informiert.

Die Software wurde ausgewählt, um eine sichere Kommunikation zu ermöglichen bzw. zu gewährleisten. Alle Berater*innen haben ihren eigenen Benutzer*innennamen und Passwort, die ihnen nur Zugang zu ihren eigenen Konversationsprotokollen geben. Ausschließlich der*die Administrator*innen hat Zugang zu allen Konversationen. Zum Schutz der Besucher*innen schließt sich das Kommunikationsfenster nach einigen Minuten Inaktivität. Außerdem erscheinen die Daten der Website nach dem Schließen nicht im Browserverlauf.

Interventionsmodell des Live Chats

Das Live-Chat Interventionsmodell von SPAVO/APHVF basiert auf einem mehrstufigen Modell (Sindahl, 2013), das durch empirische Daten ergänzt wurde. Der Grundgedanke hinter dem Stufenmodell ist, dass die Opfer die Stufen so durchlaufen, dass sie mögliche Lösungen für ihre Probleme erarbeiten. Man muss bedenken, dass es für Gewaltbetroffene sehr schwierig ist, die Kraft und den Mut zu finden, offen darüber zu sprechen, was hinter verschlossenen Türen geschieht. Manchmal ist der Live-Chat-Dienst die einzige Möglichkeit, Informationen und Beratung zu erhalten und möglicherweise an die zuständigen Behörden und Unterstützungsdienste verwiesen zu werden.

In der ersten Phase geht es darum, Vertrauen aufzubauen, damit die Betroffenen offen über ihre Probleme sprechen können. Der*die Berater*in versucht in dieser Phase, den Betroffenen zu helfen, ihre Geschichte zu erzählen. Es werden grundlegende Beratungstechniken angewandt, z. B. Umschreibungen, klare Kommunikation der nächsten Schritte ("Ist es in Ordnung, wenn ich Ihnen einige Fragen stelle, um besser zu verstehen, was passiert ist?"). Es hat sich empirisch gezeigt, dass es Betroffenen leichter fällt, mehr Informationen zu geben, wenn erklärt und besprochen wird, was als Nächstes geschieht.

In der zweiten Phase muss der*die Berater*in die Situation bzw. das Problem verstehen und bewerten. Er*Sie stellt einige Fragen, um unklare Punkte zu ermitteln und zu klären. In dieser Phase soll man herausfinden, was für die betroffene Person wichtig ist und welche Ressourcen sie zur Bewältigung des Problems hat. Nachdem die Ziele dieser Phase erreicht sind, überlegt der*die Berater*in, was der Betroffenen helfen könnte und beginnt, gemeinsam einen

vorläufigen, zielorientierten Plan zu erstellen.

In der dritten Phase geht es darum, die Betroffene vor der Frustration der Zielsetzung zu schützen. Dafür informiert der*die Berater*in auf nicht-bedrohliche Art über verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten. In jeden Fall bekommt die Betroffene Informationen über alle geeigneten weiteren Stellen, wobei Sicherheitsfragen berücksichtigt werden.

Die letzte Phase des Interventionsmodells befasst sich mit der Beendigung der Online-Beratung, die von der beratenden Person begrenzt werden muss. Ein reibungsloser Abschluss ist wünschenswert. Für Betroffene ist es wichtig, das Gespräch mit dem Gefühl zu verlassen, verstanden und unterstützt zu werden, dass eine erste Zusammenarbeit mit der Organisation entwickelt wurde, und dass sie ausreichend gestärkt sind, um gegen die Gewalt vorzugehen.

Wichtige Anmerkungen für die Berater*innen des Live-Chats

Den Berater*innen wird dringend empfohlen, intersektionale Aspekte zu berücksichtigen und die möglichen Auswirkungen ihrer Interventionen in verschiedenen sozioökonomischen und kulturellen Kontexten zu reflektieren. Darüber hinaus müssen sie berücksichtigen, wie intersektionelle Aspekte (z.B. Behinderungen und das Alter der Betroffenen) die Qualität und den Kontext des Gesprächs beeinflussen können. Zu bedenken ist, dass Online-Dienste leicht von Minderjährigen genutzt werden können, die ihr Alter zu verbergen versuchen. Hier muss man darauf achten, Betroffene über alle Maßnahmen zu informieren, die ergriffen werden, z. B. Überweisungen an die zuständigen Behörden. Nur so kann die Zustimmung der Betroffenen eingeholt werden. Außerdem müssen sie darüber informieren, wenn sie die Verschwiegenheitspflicht brechen. Es hat sich empirisch als sehr hilfreich erwiesen, dass Berater*innen jeweils nur eine Frage stellen und die Fragen des Opfers ehrlich beantwortet, vor allem wenn es um Verschwiegenheit geht. Man muss auf technische Schwierigkeiten achten und die Betroffenen über alternative Kommunikationswege mit der Organisation informieren. Nicht zuletzt ist es wichtig, dass alle Berater*innen an Supervisionssitzungen teilnehmen.

Krisenmanagement über den Live-Chat

Viele Betroffene nutzen den Live-Chat als Notfallkontakt, da er rund um die Uhr besetzt ist. Die Mitarbeiter*innen von SPAVO/APHVF wurden geschult, um mit Notfällen umzugehen, z.B. wenn eine gewalttätige Handlung stattfindet und das Opfer nicht die Polizei rufen kann. Wenn eine Person in Gefahr ist, kann sie Nachrichten wie "Ich bin in Gefahr", "Ich brauche Hilfe" oder "Er wird mich umbringen" senden, um auf irgendeine Weise Hilfe zu erhalten. Wenn

Mitarbeiter*innen solche Nachrichten erhalten, müssen sie bestimmte Fragen stellen, um die Gefahr einzuschätzen und entsprechend zu handeln. Sie sollten fragen: "Sind Sie gerade mit dem Täter zusammen?", "Sind Sie verletzt?", "Benötigen Sie die Polizei oder einen Krankenwagen?".

Wenn das Opfer nicht auf die Fragen reagiert oder das Gespräch beendet, kommunizieren die Mitarbeiter*innen mit der Polizei und versuchen, den Standort des Opfers ausfindig zu ermitteln, um Hilfe zu schicken. Alle Informationen werden an die Polizei weitergegeben, da offensichtlich eine unmittelbare Gefahr besteht.

In allen Fällen einer möglichen Gefahr wird die Betroffene ermutigt, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen, und erhält Kontaktinformationen. Mitarbeiter*innen können auch die Polizei verständigen, wenn die Betroffene das will. Wenn es während des Gesprächs zu einer gewalttätigen Handlung kommt, haben Mitarbeiter*innen das Recht, sofort die Behörden zu informieren, damit dem Opfer geholfen werden kann.

NOTWENDIGE RESSOURCEN

Der Live-Chat muss so konzipiert sein, dass die Vertraulichkeit und der Schutz der Privatsphäre sowie die Qualität der angebotenen Beratung gewahrt bleiben. Um einen Live-Chat zu planen und einzurichten, ist zunächst eine Software notwendig, die gut vor möglichen Sicherheitsrisiken geschützt ist. Es muss auch ein Notfallplan im Falle eines Fehlverhaltens seitens der Mitarbeiter*innen oder eines unbefugten Zugriffs durch Dritte geben. Bei SPAVO/APHVF hat es sich bewährt, dass jede*r Mitarbeiter*in seinen*ihren eigenen Benutzer*innennamen und sein*ihr eigenes Passwort hat, so dass er*sie nur Zugang zu seinem*ihrem Konversationsprotokoll hat.

ERWÜNSCHTE RESULTATE

Der Hauptgedanke hinter der Einführung des Live-Chats war, den Zugang von Betroffenen zu Unterstützung zu erleichtern. SPAVO/APHVF wollte einen besseren Zugang zu Informationen über die Rechte, Möglichkeiten und Handlungsoptionen schaffen. Darüber hinaus sollte dieses Online-Angebot Unterstützung und Beratung bieten, die Zusammenarbeit mit anderen relevanten Stellen erleichtern und durch schriftliche Berichte an die Behörden

Vermittlung an andere öffentliche Dienste ermöglichen. Nicht zuletzt fungierte er als erste Anlaufstelle zu anderen Diensten der Organisation wie Notunterkünften, Beratungsstellen, Frauenhäusern, soziale Dienste usw. Während der COVID-19 Pandemie und den Ausgangsbeschränkungen diente der Live-Chat auch als alternativer Notruf, wenn Betroffene nicht in der Lage waren, das Haus zu verlassen, aber sofortige Hilfe benötigten.

HERAUSFORDERUNGEN & RISIKEN

Die Forschung zu den Themen a-synchrone Beratung und Kommunikations-Interventionen (Fenichel et al., 2002; Grohol, 1999, 2001-6; Barak et al., 2009- 6) zeigt viele Herausforderungen und Schwierigkeiten auf. Die Mitarbeiter*innen des Live-Chats sind mit Schwierigkeiten konfrontiert, die sich aus dem Mangel an verbalen und nonverbalen Zeichen im Prozess ergeben. Darüber hinaus müssen die Mitarbeiter*innen Schulungen für die Online-Beratung, -Anleitung und -Notfallhilfe durchlaufen. Um mit diesen Schwierigkeiten umzugehen, braucht es eine gute Software, die einfach zu nutzen ist und die Online-Kommunikation, den Schutz der Privatsphäre und die Vermeidung von Sicherheitsverletzungen gewährleistet. Darüber hinaus versucht SPAVO/APHVF, den Mitarbeiter*innen Leitlinien an die Hand zu geben, um der Gefahr vorzubeugen, ein dargestelltes Problem möglicherweise falsch zu verstehen. Ein weiteres Hindernis sind Verbindungsschwierigkeiten. Ebenfalls schwierig ist es, wenn Betroffene aus anderen Ländern mit unterschiedlichen Gesetzgebungen, nationalen Helplines und Opferschutzeinrichtungen Kontakt aufnehmen. Die Live-Chat Mitarbeiter*innen müssen Vorkehrungen treffen, um das Risiko eines Kontaktabbruchs oder anderer technischer Schwierigkeiten zu minimieren, und die Opfer über alternative Kommunikationsmöglichkeiten (z. B. Telefonnummer, E-Mail) informieren, sodass sie bei Problemen erreichbar sind. Dies sollte gleich zu Beginn des online Gesprächs geschehen, sofern sich der*die Mitarbeiter*in eines solchen Risikos bewusst ist.

REFLEKTIONEN

Wie kann der Dienst verbessert werden?

Um die Einrichtung eines Live-Chats umzusetzen, sollte die Organisation

benutzer*innenfreundliche Optionen in Betracht ziehen und Themen wie Datenschutz usw. berücksichtigen.

Folgende Optionen sind möglich:

- Mitarbeiter*innen können sehen, was ihre Gesprächspartnerin schreibt, bevor diese ihre Nachricht abschickt. Aus Datenschutzgründen müssen die Mitarbeiter*innen die Person vor Gesprächsbeginn über diesen Umstand informieren.
- Auswahlmöglichkeiten bei Schriftgröße, Bildschirmfarbe oder Hintergrund für Menschen mit Sehbehinderungen: Dies ermöglicht eine benutzer*innenfreundliche Benutzer*innenoberfläche.
- Möglichkeit eines Videoanrufs über den Live-Chat: Das ist eine hilfreiche Option für Personen, die nicht tippen können.
- Standardisierte Antworten für den Fall, dass sich die Beantwortung einer Nachricht im Live-Chat verzögert, z.B.: "Wir entschuldigen uns für die Verzögerung. Ein*e Mitarbeiter*in wird innerhalb von 2 Minuten antworten" oder "Wir entschuldigen uns für die Verzögerung. Wenn Sie möchten, können Sie uns Ihre Kontaktdaten schicken und ein*e Mitarbeiter*in wird Sie in Kürze kontaktieren."
- Standardisierte, einleitende Fragen, bevor Mitarbeiter*innen im Live-Chat antworten, um erste Informationen zu sammeln, z. B.: "Worum geht es?" oder "Sind Sie im Moment in Gefahr? Wenn ja... (Maßnahmen, die die Person ergreifen kann, z. B. Hinterlassen Sie eine Nachricht mit Ihrem Aufenthaltsort, und wir werden die zuständigen Behörden kontaktieren) ..."
- Da es hörbehinderte Personen gibt, die nur die Gebärdensprache und nicht die Landessprache beherrschen, wissen sie nicht, wie sie den Live-Chat kontaktieren können. Zu diesem Zweck ist die Erstellung von Material in Gebärdensprache von großer Bedeutung. Es kann auf der Website und in den sozialen Medien der Organisation veröffentlicht werden.
- Nach Beendigung des Gesprächs im Live-Chat kann ein kurzer Fragebogen angeboten werden, um die Qualität des Gesprächs und die Nützlichkeit des Angebotes zu bewerten. Der Fragebogen sollte anonym und kurz sein, um nur grundlegende Antworten zur Qualitätssicherung zu sammeln. Sie ermöglichen es der Organisation, den Live-Chat zu verbessern und die Qualität zu sichern.
- Es ist sinnvoll, dass die Berater*innen ein- bis zweimal im Monat Rechtsberatung von Jurist*innen erhalten, um relevante Rechtsfragen zu

aktualisieren oder rechtliche Fragen zu klären, die in Gesprächen aufgeworfen werden. So können den Betroffenen korrekte rechtliche Informationen weitergegeben werden.

- Live-Chats können für die Berater*innen herausfordernd sein, da die face-to-face Interaktion und die Stimme fehlen. Es kann hierfür Supervision angeboten werden, entweder als Teil der regulären Supervision innerhalb der Organisation oder speziell für Live-Chat-Fälle.

BEWERBUNG DER ANGEBOTE

Frauenschutzorganisationen bieten Frauen, die Gewalt überlebt haben, qualitativ hochwertige Dienstleistungen an. Dabei gilt, dass die Qualität der Angebote ebenso wichtig ist wie das Wissen der Betroffenen über die Existenz dieser Angebote. Andernfalls wird die Arbeit der Fachkräfte nicht in vollem Maße ausgeschöpft.

Ein wirksamer Kommunikationsplan spielt eine Schlüsselrolle bei der Bekanntmachung der Einrichtung und ihrer Angebote. Die Entwicklung eines solchen Kommunikationsplans ist ein vielschichtiger Prozess, der sorgfältige Überlegungen zu Zielen, Interessengruppen, Kanälen, Inhalten, Feedback-Mechanismen, Zeitplänen, Rollen, Krisenmanagement, Schulungen und laufender Evaluierung erfordert.

Um den Auftrag der Organisation wirksam zu vermitteln, sich in der Gemeinschaft zu engagieren und die Unterstützung zu generieren ist es unerlässlich, einen erfolgreichen Kommunikationsplan zu entwickeln. Dies umfasst mehrere wichtige Schritte, um sicherzustellen, dass die Botschaften der Organisation beim Zielpublikum ankommen und die gewünschte Wirkung erzielen.

Zunächst ist es wichtig, klare Kommunikationsziele zu definieren. Diese Ziele

können sein, Bewusstsein für den Auftrag der Organisation zu schaffen, anstehende Veranstaltungen zu bewerben oder Ressourcen für Frauen in Notsituationen bereitzustellen. Gut definierte Ziele sind die Richtschnur für den Rest des Kommunikationsplans und helfen, seinen Erfolg zu messen.

Die Zielgruppe zu identifizieren ist der nächste wichtige Schritt. Wenn man weiß, wen man als Organisation erreichen will, kann man den Ton, den Inhalt und die Kommunikationskanäle entsprechend anpassen. Zur Zielgruppe können betroffene Frauen gehören, potenzielle Spender*innen, Freiwillige oder die breitere Öffentlichkeit. Für eine wirksame Kommunikation ist es wichtig, die Botschaften auf die spezifischen Bedürfnisse und Interessen des Zielpublikums abzustimmen.

Schlüsselbotschaften sind ein weiterer wichtiger Aspekt des Kommunikationsplans. Diese Botschaften sollten den Auftrag der Einrichtung, ihre Werte und die Auswirkungen auf das Leben von Frauen kurz und bündig vermitteln. Klarheit und Einfachheit sind wichtig, um sicherzustellen, dass die Botschaften leicht zu verstehen sind und bei der Zielgruppe ankommen.

Ebenso wichtig ist die Auswahl der richtigen Kommunikationskanäle. Die Nutzung von Social Media Plattformen wie Facebook, Twitter, Instagram und LinkedIn kann dazu beitragen, ein breites Publikum zu erreichen. Eine informative und benutzerfreundliche Website ist entscheidend für die Bereitstellung ausführlicher Informationen über die Arbeit und Angebote der Organisation. Email-Newsletter können Unterstützer*innen über Veranstaltungen und Initiativen informieren. Um wichtige Neuigkeiten in die Medien zu bringen, können Pressemitteilungen herausgegeben werden. Die aktive Teilnahme an lokalen Veranstaltungen ermöglicht den direkten Kontakt mit den Zielgruppen.

Mit der Gemeinschaft in Kontakt zu treten, ist ein grundlegender Aspekt eines erfolgreichen Kommunikationsplans. Die Beantwortung von Kommentaren, Nachrichten und Feedback auf Social-Media-Plattformen fördert das Gemeinschaftsgefühl und die Verbundenheit. Ein aktiver Austausch hilft, Vertrauen und Loyalität aufzubauen.

Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Meinungsbildner*innen oder

führenden Persönlichkeiten der Gemeinschaft, die ähnliche Ziele verfolgen, kann die Reichweite der Organisation vergrößern. Partnerschaften können die Wirkung von Kommunikationsmaßnahmen verstärken und einen erhöhten positiven Einfluss ausüben.

Für das Monitoring und die Evaluierung müssen Messgrößen festgelegt werden, um den Erfolg des Kommunikationsplans messen zu können. Zu diesen Metriken kann der Website-Verkehr gehören, das Engagement in den sozialen Medien, Teilnahmezahlen an Veranstaltungen und andere relevante Indikatoren. Die regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit der Kommunikationsmaßnahmen ermöglicht im Laufe der Zeit Anpassungen und Verbesserungen.

Die Entwicklung eines Krisenkommunikationsplans ist eine proaktive Maßnahme zur Bewältigung potenzieller Krisen oder anderer schwieriger Situationen. Wenn man darauf vorbereitet ist, in schwierigen Situationen schnell und effektiv zu reagieren, trägt man dazu bei, den Ruf und die Glaubwürdigkeit der Organisation zu wahren.

Für das Ziel der Bekanntmachung von Angeboten von Frauenschutzdienstleistungen hat die Union of Women Association zwei verschiedene Praktiken entwickelt und umgesetzt, die an den lokalen Kontext und die Bedürfnisse der Begünstigten angepasst sind.

NOTFALLTÜCHER

Die Notfall-Reinigungstücher sollten diskret sein und nur die notwendigen Informationen enthalten, um Betroffenen die Kontaktaufnahme zu ermöglichen

Sie werden an Gesundheitseinrichtungen und deren Fachpersonal verteilt, sodass sie an potenzielle Opfer von Gewalt weitergegeben werden können. Das medizinische Personal wird darüber informiert, wie man Gewaltfälle erkennt

und die Betroffenen freundlich und sicher über mögliche Ressourcen informiert.

Das medizinische Personal sollte vor allem sicherstellen, dass die Betroffene vom potenziellen Gewalttäter getrennt wird, der sie womöglich zum Arzttermin oder in die Notaufnahme begleitet hat.

Die Betroffene bekommt außerdem mündliche Informationen zu verfügbaren

Unterstützungsleistungen, z.B. Beratung, Notunterkünfte oder die Notfall-Helpline. Sie bekommt zwei oder drei Notfalltücher, die sie in ihrer Tasche behalten kann. So kann sie die Notfallnummer jederzeit anrufen, falls es zu gewalttätigen Vorfällen kommt, oder sie mehr Informationen erfragen möchte.



NOTWENDIGE RESSOURCEN

Für diese Maßnahme braucht einen umfassenden Einsatz von Ressourcen. Finanzielle Mittel sind für die Produktion der Tücher absolut notwendig, hierzu gehören Kosten für Materialien, Herstellung und Verpackung. Für die Verpackung muss ein diskretes und informatives Design entwickelt und gedruckt werden, wobei die Nummer der Helpline hervorgehoben werden sollte.

Informationsmaterial wie Broschüren mit Angaben zu den verschiedenen Unterstützungsangeboten und Ressourcen benötigen weitere finanzielle Mittel. Die Zusammenarbeit mit den Gesundheitseinrichtungen erfordert Ressourcen für Meetings, Trainingseinheiten und Materialien, um das Fachpersonal über die Initiative aufzuklären. Die Vertriebslogistik, einschließlich Transport und Lagerung, erfordert spezielle Ressourcen für eine reibungslose Lieferung an medizinische Einrichtungen.

Die Helpline selbst benötigt ausreichend Mitarbeiter*innen sowie Technologien, um einen möglichen Anstieg an Anrufen bewältigen zu können. So kann sichergestellt werden, dass Betroffene schnelle und mitfühlende Unterstützung erhalten. Die Einhaltung rechtlicher und ethischer Standards, inklusive Beratungen mit Rechtsexpert*innen und die Entwicklung eigener Richtlinien, sind zentral für den Schutz der Hilfesuchenden.

Zudem braucht es Ressourcen für die Folgemaßnahmen u.a. Fachpersonal, das in traumainformierter Arbeit ausgebildet ist. So können Betroffene, die Hilfe suchen, anhaltend unterstützt werden. Eine strategische Verwendung von Ressourcen in diesem Bereich ist für eine erfolgreiche Umsetzung der Maßnahme notwendig, um Gewaltbetroffene effektiv zu erreichen und zu unterstützen.

ERWÜNSCHTE RESULTATE

Diese Initiative stellte Betroffenen ein wichtiges Verbindungselement zu Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung. Die Nummer der Helpline auf den Tüchern ist ein diskretes und direktes Hilfsmittel in kritischen Situationen und ermöglicht es Betroffenen, sich Hilfe und Unterstützung zu holen.

Begleitenden Informationsveranstaltungen spielen eine wichtige Rolle in der Bewusstseinsbildung und vermitteln Wissen über verfügbare Ressourcen, reduzieren Stigmata und binden die Gemeinschaft in den Kampf gegen Gewalt ein.

Die Zusammenarbeit mit dem medizinischen Personal verstärkt die Effektivität der Maßnahme, da es dieses dazu befähigt, sich für Betroffene einzusetzen und sie zur benötigten Unterstützung zu führen. Durch die diskrete Verteilung der Notfalltücher werden die Betroffenen nicht nur körperlich behandelt, sondern auch emotional unterstützt. Der Erfolg der Initiative zeigt sich nicht nur in der vermehrten Nutzung der Helpline, sondern auch in der positiv beeinflussten Öffentlichkeitsarbeit, die das Engagement der Organisation für das Wohl der Gemeinschaft aufzeigt.

Eine kontinuierliche Evaluierung durch Feedbackmechanismen und Nachberatung ermöglicht eine Verbesserung des Angebots basierend auf seiner tatsächlichen Effektivität. Neben den direkten Auswirkungen hat diese Initiative das Potenzial, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Gesundheitswesen und anderen Unterstützungseinrichtungen zu stärken, sodass ein umfassenderes und gut

verbundenes Netzwerk entstehen kann.

ZUSAMMENARBEIT MIT DER GASTRONOMIE

Die Union of Women's Association of Heraklion hat eine Zusammenarbeit mit Gastronom*innen in Heraklion entwickelt. Seit 2018 läuft eine Kampagne, die jeden 25. November - dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen - stattfindet. Ca. 33.000 Tischmatten und Untersetzer wurden produziert und an über 30 Cafés und Restaurants in Heraklion geliefert. Die Matten und Untersetzer zeigen jedes Jahr eine andere Botschaft gegen Gewalt und enthalten die Kontaktinformation der 24/7 Helpline.

Die Initiative hat zwei Ziele: Erstens, in der Öffentlichkeit Bewusstsein und Sensibilität zum Thema Gewalt gegen Frauen zu schaffen und einen Anlass bereitzustellen, um in sozialen Situationen das Thema anzusprechen. Zweitens, potenzielle Betroffene bzw. ihr soziales Netzwerk über die 24/7 Helpline zu informieren. Man geht davon aus, dass solche sozialen Kontexte am besten geeignet sind, ein Thema wie Gewalt gegen Frauen anzusprechen und über verfügbare Unterstützung zu informieren.

NOTWENDIGE RESSOURCEN

Die Umsetzung der Kampagne in Zusammenarbeit mit der Gastronomie verlangte verschiedene Ressourcen. Zuallererst sind finanzielle Mittel für das Graphikdesign notwendig, um ansprechende Tischmatten und Untersetzer zu entwerfen. Auch Druckkosten stellen einen großen Teil Budgets dar, da es eine große Menge an Exemplaren für eine breitflächige Verteilung braucht.

Ebenso braucht es Ressourcen, um hochwertige Materialien zu beschaffen, die den Belastungen des Gastronomiebetriebs standhalten. Die Verteilungslogistik erfordert Koordinierung und Ressourcen für Transport, Lagerung und Tracking, um die effektive Lieferung an die Lokale zu gewährleisten.

Für die Zusammenarbeit mit Restaurants und Cafés braucht es Meetings, Präsentationen und Kommunikationsmaterialien, um Unterstützung für die Initiative zu generieren. Zusätzliches Werbematerial wie Plakate, Banner und

Informationsblätter sind wichtig, um den Mitarbeiter*innen der Betriebe das Ziel der Kampagne näherzubringen.

Um die nachhaltige Nutzung der Tischsets und Untersetzer zu gewährleisten, sind kontinuierliche Anstrengungen erforderlich, einschließlich Ressourcen für die Kommunikation und Nachbereitung mit den teilnehmenden Restaurants. Werbe- und Sensibilisierungskampagnen erfordern ein Budget für die Förderung der Initiative über verschiedene Kanäle, während Feedback-Mechanismen und rechtliche Konsultationen zur Wirksamkeit der Kampagne und zur Einhaltung der Vorschriften beitragen.

Die Zuweisung von Ressourcen für die Bewertung, Datenerfassung und Berichterstattung ist unerlässlich, um den Erfolg der Kampagne zu messen und Erkenntnisse für mögliche Verbesserungen zu gewinnen. Durch die strategische Verteilung der Ressourcen auf diese Bereiche kann die Kampagne wirksam das Bewusstsein schärfen und ein diskretes Unterstützungssystem für die Betroffenen bieten.

ERWÜNSCHTE RESULTATE

Die Initiative bietet Betroffenen eine diskrete und zugängliche Unterstützung, indem die Nummer der Helpline in alltäglichen, sozialen Räumen präsent ist. Diese erhöhte Sichtbarkeit stärkt auch das Wissen um mögliche Unterstützung und hilft, soziale Stigmata in Bezug auf Hilfe-suchen zu verringern.

Zudem fördert die Initiative das Engagement der gesamten Community, da lokale Betriebe aktiv bei der Schaffung einer solidarischen und hilfsbereiten Umgebung mitwirken. Die Zusammenarbeit mit der Gastronomie erhöht nicht nur die Reichweite, sondern formt auch wertvolle Partnerschaften und bildet so ein Netzwerk von Betrieben und Unternehmen, die sich in sozialen Fragen engagieren. Auch die Öffentlichkeitsarbeit profitiert, da sich der Einsatz der Organisation für das Wohl der Gemeinschaft und das Thema psychische Gesundheit zeigt.

Der Erfolg der Kampagne kann an einer vermehrten Nutzung der Helpline gemessen werden, sowie an Feedback der teilnehmenden Betriebe und einem verstärkten öffentlichen Bewusstsein. Aus regelmäßigen Evaluierungen können wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden, sodass die Effektivität der Initiative gesichert ist.

Zusammenfassend trägt die Kampagne dazu bei, dass innerhalb einer

Gemeinschaft aktiv daran gearbeitet wird, das Thema Gewalt zu adressieren. Außerdem wird Betroffenen laufende und diskrete Unterstützung angeboten.

REFLEKTIONEN

Die hier beschriebenen Praktiken stellen einen innovativen und empathischen Zugang im Umgang mit Themen wie Gewalt dar. Informationen auf Produkten wie Tüchern oder Tischmatten und Untersetzern bereitzustellen, ist eine empfehlenswerte Strategie, die den Zugang zu Unterstützung erleichtert und Stigmata reduziert.

Diese Methode berücksichtigt, dass Unterstützungsangebote in den Alltag integriert sein müssen und stellen diskrete Kontaktmöglichkeiten für Betroffene zur Verfügung. Durch die Zusammenarbeit mit Gesundheitseinrichtungen, Cafés, Restaurants und anderen öffentlichen Einrichtungen können Frauenschutzorganisationen ein Gemeinschaftsgefühl schaffen und stärken, sodass Menschen zum gemeinsamen Kampf gegen Gewalt ermutigt werden.

Weiters bauen diese Initiativen Barrieren ab, indem sie sich aktiv am Diskurs über Gewalt gegen Frauen beteiligen. Sie verbessern die Sichtbarkeit von Unterstützungsangeboten und etablieren Partnerschaften, die ihre Reichweite vergrößern.

Die positive Auswirkung auf die Öffentlichkeitsarbeit unterstreicht das Engagement der Organisation für das Gemeinwohl und schafft Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Die Nutzung von Feedbackmechanismen und Folgemaßnahmen zeigt außerdem den Willen zur stetigen Verbesserung und zur Bereitstellung anhaltender Unterstützung.

Zusammenfassend gehen diese Initiativen über bloße Werbung hinaus. Sie stellen einen ganzheitlichen und gemeinschaftsorientierten Ansatz dar, um die vielschichtigen Herausforderungen im Bereich Gewalt gegen Frauen zu bewältigen. Wenn Unterstützungsangebote in den Alltag integriert werden, schafft das eine solidarische und inklusive Umgebung. Die aktive Suche nach Hilfe wird normalisiert und aktiv gefördert.

COMMUNITY OUTREACH

Community outreach, d.h. die direkte Arbeit mit verschiedenen Gruppen der Gemeinschaft und deren Engagement, spielt eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Bewusstsein für die Problematik zu schaffen, den Zugang zu Angeboten zu ermöglichen und Vertrauen in lokale Communities aufzubauen. Durch den direkten Kontakt mit Gruppen und Nachbarschaften können Einrichtungen ihre Unterstützung anpassen, auf kulturelle Besonderheiten eingehen und Frauen ermutigen, Hilfe zu suchen. Aufsuchende Arbeit ist auch Präventionsarbeit, da man frühzeitig in potenzielle Probleme eingreifen kann und die Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen stärkt. Der Abbau von Stigmata, die Förderung eines offenen Dialogs und die schnelle Reaktion auf Krisen sind weitere Vorteile von Community Outreach. Dies trägt zur allgemeinen Effektivität und Relevanz von Unterstützungsinitiativen für Frauen bei.

StoP© - Stadtteile ohne Partnergewalt

Das Konzept von StoP© - Stadtteile ohne Partnergewalt wurde von Prof. Dr. Sabine Stövesand, Professorin an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW), Fakultät Wirtschaft und Soziales, Department Soziale Arbeit, ins Leben gerufen. Grundvoraussetzung für die Etablierung von StoP in einem Stadtteil ist die Absolvierung eines Lehrgangs mit 4 Modulen zu den Themen Gewaltpräventionsarbeit und Gemeinwesenarbeit, Community Organizing und Arbeit in sozialen Nahräumen gegen Partnergewalt.

StoP© ist ein qualitativ hochwertiges, wissenschaftlich erforschtes und nachhaltiges Konzept, das auf der Methode des "Community Organizing" im Bereich Partnergewalt und häuslicher Gewalt basiert. Daher ist StoP urheberrechtlich geschützt, um Qualität und eine verantwortungsvolle Umsetzung zu gewährleisten.

Community Organizing ist eine ursprünglich aus den USA stammende Methode, die Menschen dabei unterstützen soll, den eigenen Lebensraum gemeinsam zu organisieren, zu gestalten und zu verändern: "Ziel ist es, dass Bürger*innen ihre

eigene Stadt konstruktiv gestalten können. Sie werden zusammengebracht und dabei unterstützt, für ihre eigenen Interessen einzutreten und eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erreichen."

Community Organizing kann sich auf viele Themen beziehen. In manchen Projekten gehen Sozialarbeiter*innen in bestimmte Stadtteile und arbeiten mit den Bewohner*innen zusammen, um herauszufinden, welche Themen ihnen wichtig sind und woran es sich zu arbeiten lohnt. In anderen Projekten gehen die Sozialarbeiter*innen aber auch mit einem bestimmten Thema in einen sozialen Raum und suchen Menschen, die sich ebenfalls dafür interessieren und gemeinsam etwas verändern wollen.

Das StoP-Projekt gehört zu Letzterem. Von Anfang an ging es bei StoP um Partnergewalt und darum, einen Stadtteil oder eine (Klein-)Stadt gewaltfrei zu machen.

2019 startete der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF) das neue gemeinwesenorientierte Gewaltpräventionsprojekt StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt - in Wien als Pilotprojekt. Seither konnte StoP an 25 Standorten (Bezirke und Gemeinden) in allen neun Bundesländern Österreichs etabliert und ausgebaut werden. Der Verein AÖF ist für die Koordination und inhaltliche Betreuung aller Standorte in Österreich zuständig. www.aoef.at

StoP - ist ein neuer und nachhaltiger Ansatz der Gewaltpräventionsarbeit

Das Projekt orientiert sich an sozialen Räumen und verbindet Konzepte und Praktiken der Gewalt- und Opferschutzarbeit mit Gemeinwesenarbeit. Dies stellt einen neuen Weg im Opferschutz dar.

StoP versteht sich daher als wichtiges Bindeglied, Ergänzung und Bereicherung der zentralen, langjährig etablierten und professionellen Arbeit von Frauenhäusern und Opferschutzeinrichtungen. StoP verbindet die Arbeit von Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen und Gewaltschutzzentren mit der Zivilgesellschaft, insbesondere mit dem unmittelbaren Umfeld der Gewaltbetroffenen und der Täter: d.h. mit der Nachbarschaft, den Nachbar*innen, und mit allen zentralen Personen und Multiplikator*innen im jeweiligen Stadtteil.

Ziele von StoP

Das wichtigste Ziel von StoP ist es, Femizide und Gewalt gegen Frauen zu reduzieren und einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft zu bewirken. StoP ermächtigt und befähigt Nachbar*innen, bei häuslicher Gewalt Zivilcourage zu zeigen und sich klar gegen jede Form von Gewalt zu positionieren. In StoP steckt ein unglaubliches Potenzial für positive

gesellschaftliche Veränderungen, denn jede*r kann einen Beitrag zum Ende von Partnergewalt leisten. Eine aktive Nachbarschaft kann einen gesellschaftlichen "Klimawandel" gegen das Patriarchat herbeiführen, sodass Gewalt gegen Frauen nicht länger ignoriert und toleriert wird.

STOP INFORMATIONSPLAKATE UND -BLÄTTER

In Treppenhäusern und an öffentlichen Plätzen werden Informationsblätter aufgehängt, um Nachbar*innen über Verhaltensweisen und Handlungsmöglichkeiten zu informieren, wenn sie Zeug*innen von Gewalt in ihrem Umfeld werden.

In den Informationsblättern werden die folgenden spezifischen Themen angesprochen:

- Informationen über Telefonnummern und Unterstützungsangebote bei Gewalt, wie z.B. die Polizei oder die Frauenhelpline gegen Gewalt (0800 222 555), die kostenlos und rund um die Uhr, auch an Wochenenden und Feiertagen, erreichbar ist.
- Förderung der Zivilcourage und der Botschaft, dass Gewalt KEINE Privatangelegenheit ist. Eine Empfehlung ist, Gewalt zu unterbrechen, indem man die Polizei ruft oder an der jeweiligen Wohnungstür klingelt, entweder allein oder mit jemand anderem. Man kann fragen, ob alles in Ordnung ist, oder um etwas Alltägliches wie Zucker/Mehl bitten - einfach, um bei Gewalt einzuschreiten.
- Eine weitere Empfehlung ist, mit den Nachbar*innen zu sprechen, damit man gemeinsam etwas unternehmen kann. Es ist ratsam, offen über Partnergewalt zu sprechen und den Betroffenen zu signalisieren, dass sie sich nicht schämen müssen.
- Informationen darüber, wie man sich über die oben genannten Interventionen hinaus für das Thema engagieren kann und wie man - in unserem Fall - mit StoP in Kontakt kommt (www.stop-partnergewalt.at).

Während der COVID-19-bedingten Lockdowns (auch während des ersten) sorgten die Mitarbeiter*innen von StoP weiterhin dafür, dass in den Treppenhäusern und

Wohnanlagen der Stadtteile Plakate mit Informationen zum richtigen Verhalten in Gewaltsituationen hingen. Die Ehrenamtlichen des StoP-Projekts unterstützten dies und brachten auch in ihren eigenen oder anderen Häusern und öffentlichen Räumen Plakate an.

NOTWENDIGE RESSOURCEN

Informationsplakate und -blätter mit entsprechenden Informationen für den jeweiligen Standort zu erstellen ist eine einfache Möglichkeit, um den Schutz von Frauen zu verbessern. Die Plakate können online zur Verfügung gestellt werden, sodass sie einfach ausgedruckt und in Wohnhäusern aufgehängt werden können. Im Fall von StoP haben die Mitarbeiter*innen zusammen mit Freiwilligen die Plakate und Blätter in Treppenhäusern aufgehängt und die kostenlos herunterladbaren Plakate wurden über soziale Medien beworben.

Zu beachten ist, dass das StoP-Projekt urheberrechtlich geschützt ist und die Vervielfältigung bzw. Umsetzung des Konzepts an den Abschluss einer StoP-Ausbildung gebunden ist.

Link zu den verschiedenen Sprachen: <https://stop-partnergewalt.at/materialien/links/>.

ERWÜNSCHTE RESULTATE

Durch die Informationsplakate und -blätter werden (von Gewalt betroffene) Menschen in der Nachbarschaft auf Hilfsangebote aufmerksam gemacht. Die Erfahrung zeigt, dass sich Nachbar*innen engagieren und anderen Menschen helfen wollen. Sie wollen Zivilcourage zeigen, wissen aber nicht, wie. Partnergewalt kommt aufgrund des patriarchalischen Systems in allen sozialen Schichten und kulturellen Gruppen vor. An diesem Punkt setzt StoP an. Nachbar*innen werden informiert, motiviert und sensibilisiert, Gewaltsituationen zu unterbrechen und zu stoppen. Das Tabuthema Partnergewalt wird in der Nachbarschaft öffentlich diskutiert und damit aus dem privaten Bereich und aus der Unsichtbarkeit geholt. So sind Menschen eher bereit darüber zu sprechen und einzuschreiten. Die Menschen vor Ort werden ermutigt, sich aktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen.

HERAUSFORDERUNGEN & RISIKEN

Bei diesen Aktionen (Informationsplakate und -blätter) treten keine nennenswerten Risiken auf.

ONLINE STOP FRAUENTISCHE

Ein Kernstück des StoP-Projekts sind Aktionsgruppen in der Nachbarschaft, sogenannte Frauen*- und Männer*tische. Dabei handelt es sich um Runde Tische, an denen Nachbar*innen Wissen über Gewalt gegen Frauen erwerben und lernen, sich aktiv gegen Gewalt einzusetzen.

Bei den regelmäßigen Frauen- und Männerstammtischen findet Austausch über Nachbarschaft, Zivilcourage und Partnergewalt statt. Jeder Frauen-/Männerstammtisch hat einen anderen Themenschwerpunkt und auch der Ablauf ändert sich. Neben dem inhaltlichen Austausch und den Diskussionen werden oft Expert*innen eingeladen, Übungen und Trainings durchgeführt, Workshops abgehalten oder Themen auf kreative Weise bearbeitet. Neue Themen und Aktivitäten werden in der Regel auf der Grundlage von Wünschen und Vorschlägen aus der Gruppe selbst entwickelt. So hat jeder Tisch und jede Gruppe unterschiedliche Ansätze, aber immer das gleiche Ziel: gemeinsam gegen Gewalt aufzustehen und etwas gegen häusliche Gewalt gegen Frauen Partnergewalt zu tun.

Seit Anfang April 2019 treffen sich engagierte Frauen aus dem Stadtteil Margareten (5. Wiener Gemeindebezirk) alle zwei Wochen an den StoP-Frauentischen, sprechen offen über geschlechtsspezifische Gewalt und setzen sich gemeinsam für ein Ende von Partnergewalt und häuslicher Gewalt ein.

Während der COVID-19 Pandemie und den Ausgangsbeschränkungen im Jahr 2020 wurden die Frauentische zehn Mal online abgehalten. Wegen der sehr strengen Einschränkungen in 2020 trafen sich die Frauentische meist draußen in einem Park. Auch die Männerstammtische wurden online abgehalten. Zunächst wurden die Treffen über Whats-App Videocall abgehalten, später wechselte man auf das online Tool ZOOM. Die Online-Tische eigneten sich, um mehr Menschen und nicht in Wien ansässige Menschen einzuladen und um sich zu vernetzen, z.B. mit anderen StoP-Projekten in Deutschland.

Im Jahr 2021 begannen vier neue Wiener Stadtbezirke - Wieden, Mariahilf, Favoriten und Meidling - mit der Umsetzung von StoP. Die ersten Frauentische in

Mariahilf und Meidling fanden während der zweiten pandemiebedingten, großflächigen Ausgangssperre in Österreich statt. Online-Tische sorgten dafür, dass die Kommunikation in der Bevölkerung zu diesem Thema weitergehen konnte. Es konnten sowohl Vorteile als auch Nachteile der online stattfindenden Tische beobachtet werden, z. B. das Ansprechen von Menschen zu Hause, die ihre Kinder/älteren Eltern nicht unbeaufsichtigt lassen können, aber auch ein Mangel an Privatsphäre bei der Diskussion sensibler Themen.

NOTWENDIGE RESSOURCEN

Die Mitarbeiter*innen von StoP müssen gut vernetzt sein, um Kontakte zu zentralen Personen und Multiplikator*innen der Nachbarschaft zu knüpfen. Da sich das StoP-Projekt an alle Menschen - unabhängig von ihrem Geschlecht - richtet, ist es wichtig, nicht ausschließlich weibliche Koordinatorinnen einzusetzen. Es ist notwendig, ein Netzwerk im Stadtteil aufzubauen, d. h. die Mitarbeiter*innen müssen im Stadtteil präsent sein (z. B. bei verschiedenen Veranstaltungen und im öffentlichen Raum). Weitere notwendige Ressourcen sind ein Raum, in dem die häufigen Treffen (Stammtische) stattfinden können, oder ein Online-Tool, das für viele einfach zu nutzen ist, z. B. ZOOM oder WhatsApp Videocalls.

ERWARTETE ERGEBNISSE

Ziel ist ein neuer und erweiterter Ansatz für die Gewaltprävention. Gemeinwesenarbeit wird mit Opferschutzarbeit kombiniert und ergibt ein nachhaltiges Projekt zur Gewaltprävention. Die Zivilgesellschaft/Nachbarschaft wird einbezogen. StoP ist eine Ergänzung zur bestehenden Opferschutzarbeit, und kann natürlich keine Opferschutzeinrichtungen (Frauenhäuser, Gewaltschutzzentren) ersetzen.

HERAUSFORDERUNGEN & RISIKEN

Das StoP-Projekt ist urheberrechtlich geschützt, um eine qualitative feministische Arbeit zu gewährleisten. Wie bei vielen Projekten, die auf Freiwilligenarbeit basieren, liegt die Schwierigkeit in den notwendigen finanziellen, sozialen und zeitlichen Ressourcen. Eine weitere Herausforderung besteht darin, Menschen für ein Thema zu engagieren, von dem sie nicht direkt betroffen sind. Für manche Menschen ist es auch schwierig, die positiven

Auswirkungen der Präventionsarbeit zu erkennen.

REFLEKTION

"Sag etwas. Tu etwas" ist das Motto von StoP. StoP bedeutet, Beziehungen in der Nachbarschaft aufzubauen und dadurch das große Problem der Partnergewalt und der häuslichen Gewalt gegen Frauen und Kinder sichtbar zu machen.

FAZIT

Bewertung und Neugestaltung von Praktiken und Prozessen von Frauenhilfsorganisationen sind von entscheidender Bedeutung, um die anhaltende Relevanz, Effektivität und Wirkung der Organisationen zu gewährleisten. Diese Organisationen arbeiten oft in einem dynamischen Umfeld, in dem sich die Bedürfnisse und Herausforderungen der Frauen weiterentwickeln. Regelmäßige Bewertungen bieten einen systematischen Ansatz zum besseren Verständnis der Stärken und Schwächen der aktuellen Praktiken und ermöglichen strategische Anpassungen.

Effizienz und Effektivität sind grundlegende Aspekte jeder Hilfsorganisation. Über Feedback und Analysen können Organisationen Ineffizienzen, Redundanzen oder Lücken in ihren Prozessen aufdecken. So können sie ihre Abläufe straffen und ihre Fähigkeit verbessern, betroffenen Frauen zeitnah und gezielt zu helfen.

Anpassungsfähigkeit ist ein weiterer entscheidender Faktor. Gesellschaftliche Entwicklungen, Änderungen in der Gesetzgebung und neue Themen, die das Wohlergehen von Frauen betreffen, erfordern schnelle Reaktionen und einen anpassungsfähigen Ansatz. Analysen helfen der Einrichtung, sich auf Veränderungen einzustellen und sicherzustellen, dass ihre Praktiken auch bei sich wandelnden Bedürfnissen von Frauen relevant und effektiv bleiben.

Die Optimierung von Ressourcen ist für Organisationen, die mit begrenzten Mitteln und Personal arbeiten, von entscheidender Bedeutung. Durch die Umgestaltung von Prozessen können Bereiche identifiziert werden, in denen Ressourcen besser eingesetzt werden können, um die Kosteneffizienz zu fördern und die Wirkung von Interventionen zu maximieren.

Die Qualität der Angebote und Unterstützungsleistungen ist für Frauenschutzorganisationen von größter Bedeutung. Regelmäßige Evaluierungen und Umgestaltungsmaßnahmen auf der Grundlage von Feedback (von Betroffenen sowie von Stakeholdern) tragen zur kontinuierlichen Verbesserung der Angebote bei. Dieser an den Betroffenen orientierte Ansatz schafft eine bessere Erfahrung für Frauen, die Unterstützung suchen. Außerdem stellt er sicher, dass die Leistungen den höchsten Standards entsprechen. Die Notwendigkeit zur Verbesserung ermöglicht es Einrichtungen, zu wachsen, und ihre Ansätze

kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Evaluierungen und Analysen erleichtern Innovationen und die Übernahme bewährter Verfahren und Best Practices. Wenn Einrichtungen offen für neue Ideen und Ansätze bleiben, können sie ihre Strategien stetig verbessern und Änderungen einführen, die den Bedürfnissen von Betroffenen besser gerecht werden.

Zudem fördern Evaluierungen die Übernahme von Verantwortung sowie Transparenz. Die Weitergabe von Evaluierungsergebnissen an Stakeholder schafft Vertrauen, sowohl innerhalb der Einrichtung als auch bei externen Partnern, Spender*innen, Fördergebern und der breiteren Öffentlichkeit.

Langlebige und wirksame Frauenschutzeinrichtungen brauchen nachhaltige Praktiken. Evaluierungen helfen, Bereiche zu identifizieren, in denen Abläufe verbessert werden können, um langfristige Nachhaltigkeit zu gewährleisten und die Einrichtung auf Skalierbarkeit und anhaltende Wirksamkeit vorzubereiten.

Darüber hinaus bieten Evaluierungen die Möglichkeit zu lernen. Erkennen, was gut funktioniert und was verbessert werden muss, ermöglicht Weiterentwicklung und kontinuierliche Verbesserung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bedeutung der Bewertung und Neugestaltung von Praktiken und Prozessen in Frauenunterstützungsorganisationen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Es ist ein strategischer Imperativ, der sicherstellt, dass diese Organisationen reaktionsschnell, effizient und wirkungsvoll in ihrer Aufgabe bleiben, Frauen zu unterstützen und zu stärken.



Das Projekt wird vom DAPHNE-Programm der Europäischen Union kofinanziert.

Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt.

Die Inhalte dieser Veröffentlichung liegen in der alleinigen Verantwortung des TRUST-Projekts und spiegeln nicht notwendiger Weise die Meinung der Europäischen Union wider .



Diese Veröffentlichung ist lizenziert unter einer Creative Commons Attribution - NonCommercial - ShareAlike 4.0 International License (CC BY-NC-SA).

Diese Lizenz erlaubt es Dritten, das Material in jedem Medium oder Format für nichtkommerzielle Zwecke zu verbreiten, umzuarbeiten, anzupassen und darauf aufzubauen, solange der Urheber genannt wird. Wenn Sie das Material umarbeiten, anpassen oder darauf aufbauen, müssen Sie das geänderte Material unter denselben Bedingungen lizenzieren.

CC BY-NC-SA umfasst die folgenden Elemente:

BY BY - Der Urheber muss genannt werden

NC NC - Nur nichtkommerzielle Nutzung des Werks ist erlaubt

SA SA - Anpassungen müssen unter den gleichen Bedingungen veröffentlicht werden